

Hauptsache Arbeit!? Das bedingungslose Grundeinkommen und die Prägekraft der Erwerbsarbeit

Nixdorf, Christian Philipp

Veröffentlichungsversion / Published Version

Monographie / monograph

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Nixdorf, C. P. (2010). *Hauptsache Arbeit!? Das bedingungslose Grundeinkommen und die Prägekraft der Erwerbsarbeit*. Hannover. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67419-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>



Hauptsache Arbeit!?

Das bedingungslose Grundeinkommen
und die Prägekraft der Erwerbsarbeit

Christian Philipp Nixdorf
Hannover, im Dezember 2010

Zeit ist Geld, sagt ein bekanntes Sprichwort. Verdient wird dieses Geld zumeist durch Erwerbsarbeit. Diese ist seit gut 200 Jahren eine prägende Kraft in unserer Gesellschaft. Allerdings war das nicht immer so. Der Stellenwert, welcher der Erwerbsarbeit heute zugesprochen wird, ist ein Phänomen der Moderne. Auch die Tatsache, dass Arbeit in der Vorstellung vieler Menschen gleichbedeutend ist mit Erwerbsarbeit, ist eine moderne Auffassung. Sie führt dazu, dass Erziehungs-, Haus- und Ehrenamtsarbeiten, die für den Fortbestand der gesellschaftlichen Ordnung zentral sind, geringer geschätzt werden als pekuniär vergütete Tätigkeiten. Systematisch werden so vor allem Frauen benachteiligt. Erwerbsarbeit hält die Wirtschaft am Laufen und ist eine Voraussetzung für das Funktionieren der Sozialversicherung. Erwerbsarbeit bietet nicht nur ein Einkommen, sondern auch soziale Kontakte. Sie strukturiert den Tag, kann Sinn stiften und stärkt bei viele Menschen das Selbstwertgefühl, frei nach dem Motto: Ich arbeite, also bin ich! Es verwundert daher kaum, dass es die meisten Menschen nicht nur finanziell, sondern auch psychisch hart trifft, wenn sie den Arbeitsplatz verlieren.

Dass Erwerbsarbeit in unserer Gesellschaft einen so hohen Stellenwert einnimmt, stellt die Gesellschaft allerdings vor ein Problem, wenn durch technischen Fortschritt sowie durch die Verlagerung einfacher Tätigkeiten ins Ausland immer mehr Menschen ihre Arbeit verlieren. Aufgrund dessen gibt es diverse Autoren, die sich Gedanken machen über Alternativen zum erwerbsarbeitsfixierten sozialen Sicherungssystem. Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein solcher Gedanke – und zwar ein radikaler. Die Vorstellung, allen Menschen bedingungslos, also ohne Bedürftigkeitsprüfung, Geld zukommen zu lassen, widerstrebt vielen Kritikern des Grundeinkommens. Sie sehen das als unpassend und unbezahlbar an. Andere erachten es dagegen als geradezu geboten. Sie argumentieren, dass ein Grundeinkommen sogar zur Aufwertung von Arbeit führe. Warum die Befürworter des Grundeinkommens Arbeit neu denken wollen, was ein bedingungsloses Grundeinkommen gesamtgesellschaftlich ändern könnte, was daran kritisiert wird und warum es schwer ist, das bestehende System zu verändern, ist Thema dieses Textes.

Schlagwörter: Arbeit, Arbeitseinkommen, Arbeitslosigkeit, Bürgergeld, Erwerbsarbeit, Erwerbslosigkeit, Grundeinkommen, Kapitalismus, Soziale Arbeit, Wirtschaft

Bildnachweis: Die Nutzungslizenz des Bildes auf Seite 1 (Work in Progress) wurde für diesen Aufsatz erworben über www.clipdealer.com. Media-ID A:46944923

Kontakt zum Autor: PhilippNixdorf@outlook.de

Inhalt

Arbeit macht...was eigentlich?	4
Ein bedingungsloses Grundeinkommen	8
Definitionen des bedingungslosen Grundeinkommens	9
Warum ein Grundeinkommen?	12
Warum bedingungslos?	15
Was verhindert die Umsetzung?	16
Die prägende Kraft der Erwerbsarbeit	20
Die historische Entwicklung des Grundeinkommens	22
Eine Kritik am bedingungslosen Grundeinkommen	23
Das Grundeinkommen aus sozialarbeiterischer Sicht	26
Fazit – Sei selbst die Veränderung, die du sehen willst	29
Literatur	31
Homepages zum Thema	33

Arbeit macht...was eigentlich?

Ketzere – Wurde eine Person während der Zeit der heiligen Inquisition dieses Vergehens, der Versündigung an der katholischen Kirche, beschuldigt und verurteilt, so bedeutete dies den sicheren Tod. Per Definition ist ein Ketzer jemand, dessen Glaube und daraus resultierendes Handeln nicht mit den Vorstellungen einer bestimmten, die Mehrheit repräsentierenden, Glaubensgemeinschaft, übereinstimmt. Die Zeiten haben sich seit der Inquisition zum Glück gewandelt. Zumindest in den aufgeklärten Gesellschaften der westlichen Welt müssen Mensch, die ihre religiöse Auffassung offen vertreten und ausleben, in der Regel nicht um ihr Leben fürchten, selbst wenn die postulierten Überzeugungen radikal konträr sind zur Mehrheitsüberzeugung.¹ Doch der Vorwurf der Ketzerei ist auch heutzutage noch ein wirksames Mittel, um eine Meinung demonstrative zu diskreditieren, die konträr ist zur Mehrheitsmeinung. Auch heute noch werden Menschen der Ketzerei beschuldigt. Nur ist ihr Vergehen nicht mehr die Versündigung an einer im Jenseits behafteten Gottgestalt, sondern ihr Hinterfragen einer im Diesseits verwurzelten göttlichen Instanz: Des Kapitalismus. Die Frage, ob der Kapitalismus als Religion zu verstehen sei, trifft gegenwärtig, so schildert es der Soziologe Dirk Baecker (2004, S. 7) in *Kapitalismus als Religion*, „auf eine Situation, in der man kaum zögern wird, sie umstandslos zu bejahen. [...] Die Gesellschaft fühlt sich im Kapitalismus zu Hause, wie sie sich früher mit jenen Geistern und Göttern zu Hause fühlte, die man zwar anrufen, zu denen man beten und denen man opfern konnte, deren Launen und Ratschluß jedoch trotz allem überraschend und letztlich unerforscht blieben.“

In unserer kapitalistischen Gesellschaft ist Erwerbsarbeit zur Ersatzreligion geworden. Sie ist das Maß aller Dinge. Nicht unbedingt, weil man ihr gerne nachginge, weil sie einen erfreue oder gar der Selbstverwirklichung diene. All dies trifft nur auf einen sehr begrenzten Teil der arbeitenden Bevölkerung zu. Alle jene prekär beschäftigten Menschen, die bei Zeitarbeitsunternehmen angestellt sind, die in Schlachthöfen schufteten, die als Scheinselbstständige 14 Stunden am Tag Pakete ausfahren, die als Picker und Packer im Lager des Logistik-Giganten Amazon täglich 10 km und mehr laufen, die am Fließband stehen oder mit dem Fahrrad bei Wind und Wetter Essen ausliefern, erachten ihren Job kaum je als selbstverwirklichend und sinnstiftend. Sie brauchen schlichtweg das Einkommen, um ihre Miete zahlen und Essen kaufen zu können. Erwerbsarbeit ermöglicht ein Einkommen. Sie schafft finanzielle Unabhängigkeit und Sicherheit, wenn auch mittlerweile immer weniger für einen immer größer werdenden Teil prekär beschäftigter Menschen. Erwerbsarbeit garantiert soziale Kontakte und erzeugt mehr oder weniger gesellschaftliche Anerkennung. Sie ist zur Grundlage gesellschaftlicher und sozialer Inklusion geworden. Hieraus ergibt sich folgerichtig, dass Menschen, die nicht arbeitet - oder besser gesagt: die keiner Erwerbsarbeit nachgehen - als potenzielle Sozialschmarotzer und Drückeberger unter Generalverdacht stehen. „Beklagenswert der Mensch, der keine Arbeit findet“ präzisiert Wolfgang Engler diese, in unserer

¹ Ausnahmen bestätigen auch diesbezüglich die Regel. Verwiesen sei auf die Drohungen, die gegenüber dem Karikaturisten Kurt Westergaard geäußert wurden, dessen Mohammed-Karikaturen 2005 in der dänischen Zeitung Jyllands-Posten erschienen und später auch in anderen Medien publiziert wurden. Anfang 2008 wurde bekannt, dass die Polizei drei Personen festnahm, die einen Mordanschlag auf Westergaard geplant haben sollen (vgl. Rentzsch 2008). Auch die Ermordung des rechtspopulistischen Politikers Pim Fortuyn 2002 war religiös motiviert. Es handelt sich hierbei indes um Gefahren, die von nicht staatlichen Akteuren ausgehen. Menschen, die vermeintliche „Ketzerei“ begehen, droht keine »staatliche« Verfolgung.

Gesellschaft weitverbreitete Wertvorstellung in seinem Buch *Bürger, ohne Arbeit* (2005, S. 21). Die lohnabhängige Arbeit ist, so Engler, für viele Menschen die Basis ihrer Selbstachtung. Wir definieren uns vor allem über Arbeit, Konsum und Kapitalakkumulation, wir huldigen dem Credo „Ich werde bezahlt, also bin ich.“ Wie konträr zu den Maximen und Idealen des religiösen Kapitalismus muten da doch die Ausführung von Wolfgang Schneider in seiner *Enzyklopädie der Faulheit* an, der schreibt: „Faulheit verlängert das Leben! Wer faul ist, lebt sowohl länger als auch gesünder.“ Schon der Titel des Werkes ist eine Provokation. Eine Enzyklopädie »der Faulheit«, der vierten Todsünde. Doch Schneider provoziert noch mehr. Wer faul sei, lebe „nicht nur länger und gesünder, er oder sie lebt vor allem und in erster Linie auch wesentlich besser als der zum Müßiggang Unfähige oder der sich jede Muße verbietende. Denn wer Ruhe und Stille finden und genießen kann, den wird auch das Glück ereilen“ (Schneider 2004, S. 132). Wie bitte? Faulheit als Lebensmaxime, als Garant des Glücks? Das Glück wird jene ereilen, die Ruhe und Stille finden und genießen können? Wohl kaum! Zumindest nicht, wenn man den gängigen Aussagen vieler Spitzenpolitiker, Wirtschaftsweisen und Managern Glauben schenkt. Faulheit und Müßiggang als Lebensmaxime, das mutet wahrhaft ketzerisch an. Und das ist es auch, sofern man diese Maxime dem Selbstverständnis vieler Menschen zugrunde legt, wonach die Erwerbsarbeit zum Selbstzweck des Lebens aufgewertet wird. Faulheit und Müßiggang gelten nicht nur heute, sondern seit nunmehr über 200 Jahren als wahrlich sündhaft. Spätestens seit Max Weber 1904 seine Abhandlung über *Die protestantische Ethik und den Geist des Kapitalismus* veröffentlichte, wissen wir: Der Auserwähltheit vor Gott können sich nur jene gewiss sein, die Askese anstreben und praktizieren durch Fleiß, Gewinnstreben und rastlose Berufsarbeit.

Nun gibt es Stimmen, die sich diesem Credo verwehren. Sie stellen die Frage: Wozu? Wo soll das hinführen? Menschen beziehen Gegenposition, hinterfragen die Wertvorstellung hinter der herrschenden Arbeitsethik und kritisieren die Entfremdung des Menschen von sich selbst. Sie fragen sich, wo bei all den Entbehrungen, die im Zuge des neoliberalen sozialstaatlichen Umbaus in den vergangenen Jahren erfolgten, nun die versprochenen Arbeitsplätze geblieben seien.² Menschen, die Gegenposition beziehen gegen den Markt- und Arbeitswahn, werden von der Führungselite in Wirtschaft und Politik fast immer als linke Idealisten, verkappte Sozialisten, realitätsferne oder Wohlstandsbewahrer bezeichnet, welche die Zeichen der Zeit nicht erkannt hätten. Die Reflexionsfähigkeit wird ihnen abgesprochen, mit solchen Leuten könne man keine Gespräche führen. Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik gelte nicht ohne Grund als TINA-Politik: *There is no alternative*. Doch Gespräche über Alternativen sind heute dringend notwendig. Das bestehende Wirtschaftssystem ist im Umbruch. Der technologische Fortschritt - und damit der Arbeitsplatzabbau - vollzieht sich in enormer Geschwindigkeit. Der amerikanische Ökonom Jeremy Rifkin ver-

² Anzumerken ist diesbezüglich, dass der Ausdruck *neoliberal* sich in seiner Verwendung seit den 1980er Jahren ins Gegenteil dessen verkehrt hat, was ursprünglich darunter verstanden wurde. Heute ist der Ausdruck *neoliberal* für viele Menschen gleichbedeutend mit unsozial, kaltherzig und egoistisch. Diese Vorstellung ist allerdings eine Umkehrung dessen, was Neoliberale ursprünglich wollten. Das Präfix »Neo« sollte dereinst verdeutlichen, dass der radikale Markt-Liberalismus, der sogenannte *Manchester-Kapitalismus*, abgelehnt wird. Es ging den Neoliberalen nicht um den Rückzug des Staates, sondern um dessen Eingreifen. Neoliberale waren (und sind) überzeugt, dass absolute Freiheit der Wirtschaft ohne staatliche Eingriffe fatal ist, da sie zu Monopolbildungen und Kartellen führt. Eine Überzeugung des Neoliberalismus ist daher, dass der Freiheit des Marktes staatlicherseits Grenzen gesetzt werden müssen. Das neoliberale Ansinnen war und ist es, für einen funktionierenden Wettbewerb zu sorgen.

weist in seinem Buch *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft* (2004) eindrucksvoll auf diesen Wandel: Für einen Produktionsvorgang, für den im Jahr 1990 noch 10 Arbeiter benötigt wurden, genügt heute gerade einmal einer, bei gleicher Qualität und Geschwindigkeit. Manuelle Arbeiten, einfache Vorgänge in Produktion und Dienstleistungen, werden zunehmend automatisiert. Die menschliche Arbeitskraft wird überflüssig. „Nie wieder werden wir Tausende von Beschäftigten wie im 20. Jahrhundert aus den Toren von Fabriken und Dienstleistungszentren strömen sehen“ (ebd., S. 25). Als er die erste Auflage des oben genannten Buches schrieb, waren, so erklärt Rifkin im Interview mit der Stuttgarter Zeitung vom 29. April 2005, „weltweit 800 Millionen Menschen arbeitslos oder unterbeschäftigt. 2001 waren es schon mehr als eine Milliarde. Die Entwicklung ist eindeutig.“ Wir seien, so Rifkin, „mitten in einer Umwälzung, die die industrielle Revolution noch übertrifft. Durch die ersten Mechanisierungsschübe verloren Millionen von Menschen ihre Jobs und wanderten vom Land in die Städte, um dort mit den Maschinen zusammen zu arbeiten. Aber die Computer und Informationstechnik von heute machen immer mehr Menschen ganz überflüssig. Selbst die billigste menschliche Arbeitskraft ist teurer als die Maschine.“

Für einen Großteil der Menschen in diesem Land, die ihre Erwerbsarbeit nach Jahren der Beschäftigung verloren haben, konnten Privatvorsorge und sozialstaatliche Absicherung bisher zumindest die schlimmsten finanziellen Folgen der Arbeitslosigkeit abfedern. Die sozialen und gesellschaftlichen Folgen des verzweifelt Festhaltens an der bestehenden Arbeitsgesellschaft hingegen treten immer deutlicher zutage: Soziale Exklusion. Das Festhalten an der Kopplung von Einkommen und Erwerbsarbeit - und damit von sozialer Sicherung und Erwerbsarbeit - führt zur Ausgrenzung von (Erwerbs-)Arbeitslosen. Abhängig von staatlichen Transferleistungen verkommen sie zu Bürgern zweiter Klasse, denen auch noch suggeriert wird, sie seien selbst schuld an ihrer Arbeitslosigkeit, es läge an ihrer unzureichenden Flexibilität, dass sie keine Anstellung fänden. Die Botschaft lautet: Wenn du aktiver wärest, wärest du nicht arbeitslos. Du bist schuld, du musst etwas ändern, du musst mehr leisten. Dabei werden makroökonomische und politische Faktoren, die neben dem individuellen (Nicht-)Handeln ebenfalls einen Einfluss auf die Chance zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit haben, ausgeblendet. Auch wird Menschen, die keine Arbeit finden, durch die Unterstellung, dass sie nicht aktiv seien, intrinsische Arbeitsmotivation abgesprochen. Das aber entbehrt jeder empirischen Grundlage. Arbeitslosigkeit hat nicht nur individuelle Ursachen. Jeder Mensch ist Teil einer Gemeinschaft, die ihn prägt und die sein Handeln beeinflusst. Und jeder Mensch erlebt im Hinblick auf seinen Arbeitsplatz Dinge, die außerhalb seines Einflussbereiches liegen. Arbeitslosigkeit ist eine strukturelle zu eigen. Wäre dem nicht so, bräuhete es keine Arbeitsmarktpolitik. Das aber wird durch den ständigen Rekurs auf die Eigenverantwortung des Individuums heute vielfach negiert – von Politikern ebenso wie von Arbeitsvermittlerin im Jobcenter.

Zynisch ist die Subjektivierung der „Schuld“ an Arbeitslosigkeit insofern, als die Wirtschaft aufgrund ihrer enormen Produktivität und bedingt durch technologische Innovationen heute einfach immer weniger Arbeitskräfte benötigt, um immer effektiver und effizienter zu produzieren. Daniel Bell (1976 in Schulze 2006, S. 65) fasste die dem zugrunde liegende Paradoxie schon vor über einem halben Jahrhundert zusammen. Der Kapitalismus entfremdet die Menschen von der Arbeit, er erzeugt Konsumgüter, arbeitssparende Techniken, zeitsparende Rationalisierung, eine luxuriöse Umgebung und schließlich Nichtstun – eben weil der Kapitalismus auf Steigerung der Effizienz ausgelegt ist. „Am Anfang arbeiten [die Menschen] ohne auszuruhen, und am Ende faulenzten sie,

ohne zu arbeiten.“ In der irrigen Annahme, die Wirtschaft, die mit immer weniger Arbeitskräften immer mehr Ertrag produziert, würde wieder Arbeitsplätze schaffen, vollzieht sich eine gigantische Umverteilung. Die Armen werden stärker-, die Reichen weniger stark belastet. Die Steuerprogression ist bei höheren Einkommen nur noch schwach ausgeprägt. Arbeitnehmerhaushalte werden stärker belastet als Selbstständigenhaushalte und die Belastung durch Sozialabgaben trifft Niedrigeinkommen besonders hart. Der Beitrag der Lohnsteuer zum Gesamtsteueraufkommen betrug 1960 nur 12 %, heute sind es 33 %. Unternehmen tragen heute nur noch 17 % zum gesamten Steueraufkommen bei. Die Gewinne von Kapitalgesellschaften wurden 1980 mit 34 % besteuert, 1993 nur noch mit 18 % (vgl. Afheldt 2005, S. 45).

Die oben genannten Beispiele ließen sich fortsetzen. Was sie indizieren, ist folgendes: All die Belastungen und Entbehrungen der Arbeitnehmer vollziehen sich in der Hoffnung der Politik, Arbeitsplätze zu schaffen, um den Fortbestand der Arbeitsgesellschaft zu sichern. Dabei scheint ausgeblendet zu werden, dass der rasante Abbau von immer mehr sozialversicherungspflichtigen Jobs das Zeichen schlechthin für die Produktivität des Kapitals ist. Mit den Worten des Milliardärs und Gründers der Drogeriekette dm, Götz Werner (2006, S. 38), gesprochen: „Dass wir so viele Arbeitslose haben, zeigt die Stärke und Effizienz unserer Wirtschaft.“ Die Telekom beispielsweise erzielte im letzten Jahr einen Gewinn von über 1,5 Milliarden Euro. Fast im gleichen Atemzug mit der Verkündung der Geschäftszahlen kündigte der ehemalige Vorstandsvorsitzende Ricke den Abbau von über 10.000 Arbeitsplätzen an. Warum auch sollten 10.000 Menschen weiter beschäftigt werden, wenn sich ohne diese das Gleiche - oder gar mehr - erwirtschaften ließe? Rationalisierung und verstärkte Technologisierung von Produktions- und Informationsabläufen machen den Arbeitsplatzabbau möglich. Auch Banken gehen immer mehr dazu über, Filialen zu schließen und sich auf Online-Banking zu konzentrieren, das ohne Schalter-Personal auskommt. Selbstscanner-Kassen in Supermärkten, die Kassierer ersetzen, gibt es ebenfalls schon.

Das ist die Logik des Kapitals, das ist stete Beschleunigung, das ist schöpferische Zerstörung. Kurzum: Das ist Kapitalismus – und das macht krank, zumindest auf Dauer. Darauf jedenfalls deutet eine Vielzahl an internationalen Forschungsergebnissen zum Zusammenhang von Krankheit und Arbeitslosigkeit hin. So schreiben Scholz & Schulz (2007, S. 129): „Viele Studien haben sich mit dem Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Krankheit auseinandergesetzt. So konnten Lange und Lampert (2005) mit Hilfe eines telefonischen Gesundheitssurveys zeigen, dass Arbeitslosigkeit und Krankheit in einem engen Zusammenhang stehen.“ Sie (ebd., S. 130) verweisen ferner auf eine Untersuchung von Martikainen und Valkonen für Finnland aus 1996, die aufgezeigt habe, „dass Personen, die im Beobachtungszeitraum Arbeitslosigkeit erfahren hatten, eine höhere Mortalität aufwiesen, als Personen, die durchgängig erwerbstätig waren. [...] In einer britischen Studie von Morris et al. (1994) ergab sich ein erhöhtes Sterblichkeitsrisiko für arbeitslose Männer gegenüber Männern mit durchgängiger Erwerbstätigkeit. Nylén et al. (2001) bestätigten anhand von schwedischen Daten ebenfalls dieses Ergebnis.“³ Was aber ist die Konsequenz daraus? Ludwig

³ Zu erwähnen ist allerdings, dass die Kausalität von Arbeitslosigkeit und Krankheit nicht eindeutig belegt ist. Im Internet finden sich viele Schlagzeilen *Wie „Arbeitslosigkeit macht krank!“* Es existieren in der Tat empirische Befunde, die indizieren, dass dem so ist (vgl. dazu DGB 2010). Indes ist die Wirkrichtung nicht eindeutig (vgl. dazu Pech & Freude 2010). Es finden sich in der Forschung die Kausalitäts- und die Selektivitätshypothese. Der Tenor der einen ist, dass der Zustand langer Arbeitslosigkeit krank mache (Kausalität).

Erhard (1990, S. 133) sagte einst: „Eine Wirtschaftspolitik ist nur dann und nur so lange für gut zu erachten, als sie den Menschen schlechthin zum Nutzen und Segen gereicht.“ Dieser Nutzen ist nicht mehr gegeben. Zeit, umzudenken. In diesem Zusammenhang kommt das bedingungslose Grundeinkommen ins Spiel. Es böte die Chance, die gesellschaftspolitischen Strukturen aufzuweichen, sie zu erweitern und neu zu denken. Warum ist unsere Gesellschaft auf Arbeit fixiert? Was bedeutet das für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens? Und welche Möglichkeiten würde ein solches bieten? Das soll auf den folgenden Seiten hier thematisiert werden.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen

In der Literatur finden sich zum Thema Grundeinkommen viele Begriffe, die gleiches oder ähnliches meinen. Darunter fallen Einkommensgarantie, Basiseinkommen, Sozialdividende, Universaldividende oder Existenzgeld. Sofern es im Text nicht ausdrücklich hervorgehoben wird, werden die Begriffe hier synonym verwandt. In diversen Detailfragen, insbesondere betreffend die Finanzierung und die zugrunde liegenden Ideologien, unterscheiden sich die Konzepte zwar, ihre Basischarakteristika sind aber doch ähnlich. Obwohl im Zuge von Aufklärung und französischer wie amerikanischer Revolution bereits vor über 200 Jahren über die Möglichkeiten der Einführung eines Existenzgeldes für alle Bürgerinnen und Bürger debattiert wurde, verlor der Vorschlag, der zu jener Zeit in der Tat einer Utopie gleichkam, spätestens mit dem rasanten Voranschreiten des industriellen Kapitalismus während der Mitte des 19. Jahrhunderts seinen Reiz für viele Ökonomen und Denker. Er war gar verpönt. Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle? Das stand der vorherrschenden protestantisch-calvinistischen Arbeitsethik radikal entgegen. Heutzutage rückte das bedingungslose Grundeinkommen wieder ins Blickfeld einer breiten Öffentlichkeit. Der Gründe dafür gibt es viele. Vor allem ist es die rasante technologische (computerisierte) Entwicklung, die unter dem Oberbegriff Industrie 4.0 firmiert. Sie bewirkt, dass eine neue industrielle Revolution sich vollzieht, welche die Art, wie wir arbeiten, was wir arbeiten und wer überhaupt noch wo arbeitet - ja was überhaupt als Arbeit aufzufassen ist - verändert.

Worte wie *Share-Working* und *Crowd-Working* machen ebenso die Runde wie *Flexicurity* und *Work-Life-Balancing*. Nordamerika und Europa sind bisher noch weltwirtschaftlich führend. Aber wie lange noch? – so stellt sich die Frage. Den G8-Staaten wird durch den Aufstieg Chinas zur Weltmacht, durch die weltwirtschaftliche Schwerpunktverlagerung Richtung Asien sowie durch die von der Globalisierung vorangetriebene Auseinandersetzung der Einzelstaaten mit transnationalen Wirtschafts- und Kapitalgesellschaften immer deutlicher vor Augen geführt, dass sie so mächtig längst nicht mehr sind. Nicht nationale Regierungen diktieren den Kurs, sondern transnationale Konzerne, die dort „zu Hause“ sind, wo immer es steuerrechtlich für sie am lukrativsten ist. Die Wirtschaft diktiert den Kurs. Arbeitsplätze, und damit die Grundlage der bestehenden sozialen Absicherung, werden in nie da gewesenem Tempo vernichtet. Gleichsam steigen die Erträge der großen, börsennotierten Top-100-Konzerne der Welt immer weiter. Doch davon profitieren immer weniger Menschen. Primär sind es die Aktionäre, nicht aber die Angestellten dieser

Die Essenz der anderen Hypothese ist, dass eine körperliche oder seelische Erkrankung das Risiko erhöhe, arbeitslos zu werden (Selektivität). Die meisten Forscher sind sich einig, dass nicht die eine oder die andere Hypothese zutreffend ist, sondern dass sich beide (oftmals) bedingen, es sich also um eine Wechselwirkung handelt. Unter welchen Bedingungen der eine oder der andere Faktor stärker wirkt, ist aber keinesfalls klar.

Unternehmen, denen der Aufschwung salopp gesagt immer mehr Geld in die Kassen spült. Laut einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2004 sind die realen, preisbereinigten Nettolöhne je Arbeitnehmer in den letzten 15 Jahren um 1,5 % gesunken. Hinzu kommt, dass immer weniger Menschen in einem Normalarbeitsverhältnis beschäftigt sind. Gerade prekär Beschäftigte, die mittlerweile einen Anteil von knapp 17 % aller Arbeitnehmer in Deutschland ausmachen, verdienen so wenig, dass es kaum zum Leben reicht bzw. dass weiterhin staatliche Transferleistungen in Anspruch genommen werden müssen. Die leidliche Folge ist ein Rückgang der Binnennachfrage. Plakativ gesagt: Wer wenig Geld hat, kann wenig ausgeben. Nur das aber hält die kapitalistische Wirtschaft am Laufen. Sie ist auf Wachstum angewiesen. Immer mehr, immer weiter, immer schneller – das ist eine kapitalistische Grundvoraussetzung für Prosperität. Es fänden sich Dutzende moralische wie humanistische Gründe für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Sofern er von Ökonomen präferiert wird, liegt dem Ansatz des Grundeinkommens allerdings oftmals eine simple wirtschaftliche Gesetzmäßigkeit zugrunde: Die Wirtschaft ist auf Konsum und auf Investition angewiesen. Millionen an neu geschaffenen Billiglohn-Arbeitsplätzen in Asien, Südamerika und auch Europa erzeugen aber nicht genug Konsumnachfrage, um einen wirtschaftlichen Ausgleich zu schaffen für Millionen von Arbeitslosen in den westlichen Industrienationen, in denen Hochlohn-Arbeitsplätze abgebaut werden. Die Konsumenten brechen weg, und das gefährdet die Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass selbst marktliberale Wissenschaftler wie der kürzlich verstorbene Milton Friedman sowie der 2002 verstorbene James Tobin, beides Nobelpreisträger für Wirtschaft, für eine Form des Grundeinkommens eintraten. Verschiedenste Menschen, allen voran Ökonomen, Soziologen und Philosophen machen sich aus unterschiedlichsten Beweggründen für die Idee eines Grundeinkommens stark. Ein bedingungsloses aber, das wirklich die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Veränderung böte, fordern nur wenige. Sie alle präferieren unterschiedliche Modelle. Einige werden von ökonomischen, andere von humanistischen Beweggründen geleitet. Auf all diese Konzepte kann im vorliegenden Text nicht eingegangen werden. Wohl aber können die Grundgedanken aufgezeigt werden, auf denen die verschiedenen Modelle beruhen. Dies soll im Folgenden geschehen.

Definitionen des bedingungslosen Grundeinkommens

Bedingungslose Grundeinkommen, was heißt das nun konkret? Dieser Frage soll sich in der Form genähert werden, dass zunächst aufgezeigt wird, was es *nicht* ist: Ein Ersatzeinkommen. Ein Grundeinkommen unterscheidet sich stark von den bisherigen staatlichen, bedarfsorientierten Transferleistungen wie der Sozialhilfe und dem Arbeitslosengeld II. Bei diesen handelt es sich um Ersatzeinkommen. Um Einkommen also, die als Ersatz für das ansonsten üblicherweise durch Erwerbsarbeit erzielte Einkommen erhalten, weil die Empfänger dieses Ersatzeinkommens nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft und in ausreichendem Maße zu bestreiten. Das bedingungslose Grundeinkommen ersetzt alle staatlichen Transferleistungen, auf die Bürgerinnen und Bürger heutzutage nur dann einen Anspruch haben, wenn sie ihre Bedürftigkeit nachweisen (bzw. wenn sie zuvor Beiträge in die Sozialversicherung eingezahlt haben). Das bedingungslose Grundeinkommen wird steuerfrei an alle Bürgerinnen und Bürgern ausgezahlt. Das erfolgt ohne Bedürftigkeitsprüfung und unabhängig von sonstigen Einkommen, Immobilienbesitz, Erbe, Aktienvermögen oder Ähnlichem. Es erfolgt unabhängig auch von der Verpflichtung einer Gegenleistung in Form von Arbeit. Jeder Mensch hat in gleicher Höhe den gleichen Anspruch

darauf, ob arbeitsfähig oder nicht, ob arbeitswillig oder nicht. Die heutige Sozialhilfe ist konzipiert als eine Hilfe für Menschen in prekären Lebenslagen, für die Zeit, solange diese Lebenslage besteht. Die Bezieher der Sozialhilfe erhalten Unterstützung nur in dem Fall, dass sie außerstande sind, sich selbst ausreichend zu versorgen. Mit dem Bezug von Sozialhilfe unweigerlich verbunden ist daher eine Stigmatisierung der Empfänger als zumindest zeitweise nicht autonome Menschen, als Bürger zweiter Klasse (siehe zur Stigmatisierung armer und erwerbsloser Menschen Chassé 2010, Zick 2010 und Böhnke 2006). Ein Grundeinkommen entledigt sich dieser Stigmatisierung durch den universellen Anspruch darauf. Auf www.grundeinkommen.de (aufgerufen am 16.11.06) heißt es zum Grundeinkommen, dieses sei „ein Einkommen, das bedingungslos jedem Mitglied einer politischen Gemeinschaft gewährt wird, ohne Bedürftigkeitsprüfung oder Arbeitspflicht. Es stellt eine Form von Mindesteinkommenssicherung dar, die sich von den zur Zeit in Europäischen Ländern und fast allen Industrienationen existierenden in drei grundlegenden Hinsichten unterscheidet: sie wird an Individuen anstelle von Haushalten gezahlt; sie wird unabhängig von irgendeinem Einkommen aus anderen Quellen gezahlt; sie wird gezahlt, ohne daß Arbeitsleistung oder Arbeitsbereitschaft verlangt wird“. Vanderborght und Van Parijs (2005, S. 13) definieren das bedingungslose Grundeinkommen als eine regelmäßig von einer politischen Gemeinschaft ausgezahlte, existenzsichernde Geldleistung, die ohne vorherige Beitragsleistung, ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne jedwede verpflichtende Gegenleistung an alle Mitglieder der politischen Gemeinschaft ausgezahlt wird. Der Verweis auf die existenzsichernde Funktion des Grundeinkommens ist entscheidend. Denn was existenzsichernd bedeutet, wie das Existenzminimum festgelegt wird und ob Existenzsicherung gleichzusetzen ist mit dem Erhalt des Existenzminimums, ist nicht näher definiert. Es ist Sache der gesellschaftlichen Aushandlung. Dass mit Existenzsicherung nicht nur die Absicherung des physischen Überlebens gemeint sein kann, ergibt sich aus Art. 1 des Grundgesetzes (GG), worin die Würde des Menschen als unantastbares Rechtsgut festgelegt ist, wie auch aus Artikel 20 des GG, worin die Bundesrepublik als sozialer Bundesstaat definiert ist.

Ein sozialer Bundesstaat, dessen Verfassung die Würde des Menschen als oberstes, unantastbares Rechtsgut preist, muss seinen Bürgerinnen und Bürgern mehr bieten als die reine Absicherung des physischen Überlebens. Besonders dann, wenn man sich mit der Intention des Grundeinkommens, Freiheit zu ermöglichen, näher auseinandersetzt, wird deutlich, dass existenzsichernd mehr bedeuten muss als Absicherung auf dem Niveau des Existenzminimums. Karl Reiter (2006) verweist in seiner Definition des bedingungslosen Grundeinkommens auf diesen den Freiheitsgedanken. Er schreibt: „Das Grundeinkommen soll bedingungslos, universell, personenbezogen und existenzsichernd monatlich an alle ausbezahlt werden. Weder Einkommen noch Geschlecht, weder Staatsbürgerschaft noch Erwerbstätigkeit sind dabei zu berücksichtigen. Armutsbekämpfung und Verbesserung der Sozialtransfers sind dabei nur ein Nebenaspekt. Es geht um die Verwirklichung jenes Prinzips, das auch als Motto des großen Kongresses zum Grundeinkommen im Herbst 2005 in Wien diente: In Freiheit tätig sein!“ Ein bedingungsloses Grundeinkommen bedeutet Freiheit. Sowohl die Freiheit, sich privat, sozial wie auch beruflich zu engagieren, als auch die Freiheit, sich aus der Berufstätigkeit zurückzuziehen, eine andere sinnstiftende Aktivität zu suchen – oder gar keine. Auch das ist in Ordnung. Das Grundeinkommen gewährt die Freiheit, selbstbestimmt zu leben. Der Verweis auf die Funktion des Grundeinkommens, die Existenz zu sichern, ist auch deshalb entscheidend, weil dadurch einer möglichen Fehlinterpretation entgegengewirkt wird. Um die Existenz sichern zu können, muss das Grundeinkommen in einer Höhe ausgezahlt werden, die

ein würdevolles Leben ermöglicht. Das bedingungslose Grundeinkommen ist kein Kombi-Lohn. Das heißt, das Grundeinkommen muss so hoch sein, dass ein würdevolles, zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigendes Leben auf Basis dieses Einkommens auch dann geführt werden kann, wenn das Grundeinkommen nicht durch Erwerbsarbeit aufgestockt wird. Ein Grundeinkommen, das so gering wäre, dass weiterhin einer Erwerbsarbeit nachgegangen werden müsste, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können, würde der Grundidee des Grundeinkommens - *alle Bürger auf gleicher Augenhöhe* - entgegenstehen. Götz Werner liefert auf www.unternimm-die-zukunft.de (aufgerufen am 10.11.06) die folgende Definition: „Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein Betrag, der an jeden Bürger vom Staat ausbezahlt wird, ohne von ihm eine Gegenleistung dafür zu erwarten. Das Grundeinkommen ist somit die Grundsicherung, die dem Menschen seine Würde lässt. Es bezeichnet eine gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Idee, nach der jeder Bürger einen gesetzlichen Anspruch auf eine bedingungslose monetäre Grundversorgung durch das im Staat verfasste Gemeinwesen haben soll.“

Besonders hervorzuheben an der Definition Werners ist die Intention, dem Menschen seine Würde zu lassen. Durch die Bedingungslosigkeit ermöglicht das Grundeinkommen ein Mindestmaß an materieller Unabhängigkeit, an Sicherheit und damit an Würde. Arbeitnehmer wären nicht mehr im gleichen Maße wie heute abhängig von den Lohnzahlungen der Arbeitgeber. Sie müssten nicht mehr alles akzeptieren, nicht mehr jede Arbeitszeitverlängerung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen über sich ergehen lassen, nur um ihren Job nicht an einen anderen zu verlieren, der unter schlechteren Bedingungen zu arbeiten bereit - oder besser gesagt: armutsbedingt faktisch gezwungen - ist. Gerade diejenigen, die heute prekären Jobs nachgehen (müssen), hätten die durch ein Grundeinkommen die Macht, Nein zu sagen. Denn sie hätten die Gewissheit, im Falle eines eventuellen Arbeitsplatzverlustes nicht in existenzielle Not zu geraten. Das Scheitern im Beruf wäre nicht mehr gleichbedeutend mit gesellschaftlichem und sozialem Scheitern. Die Erwerbsarbeit würde das Leben nicht mehr ganz so stark prägen. Besonders Hausfrauen wären finanziell nicht länger abhängig vom „alleinarbeitenden“ Ehemann, wobei schon das Wort „alleinarbeitend“ irreführend ist. Ich verwende es dennoch, da es das bestehende Credo widerspiegelt: Hausarbeit sei keine Arbeit, denn sie erfolge nicht normativ und werde nicht bezahlt. Das bedingungslose Grundeinkommen böte dank der finanziellen Absicherung die Möglichkeit, die als selbstverständlich angesehene Haus- und Erziehungsarbeit zu verweigern. Denn würde diese Arbeit plötzlich millionenfach nicht mehr ausgeführt, ihr gesellschaftliches Ansehen würde binnen kürzester Zeit steigen (vgl. Frauengruppe Glanz der Metropole in Krebs und Rein 2000, S. 101-105).

Frank Pilz (2004, S. 237) verwendet in seiner Definition den Begriff des Bürgergeldes und schreibt dazu: „Das Bürgergeld soll als staatliche Transferzahlung jedem Bürger eine Grundsicherung gewähren. [...] Vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit und einer Zunahme unsicherer Beschäftigungsverhältnisse besteht der Kerngedanke eines »Bürgerrechts auf Einkommen« darin, jedem Bürger zumindest ein existenzsicherndes Einkommen zu garantieren und Anreiz für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu schaffen.“ Das Bürgergeld soll Anreiz schaffen für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit? Steht das nicht im Widerspruch zum von Herrn Reiter vorgebrachten Freiheitsgedanken, der Intention, eben keiner Erwerbstätigkeit mehr nachgehen zu müssen? Das tut es in der Tat! Die Definition des Herrn Pilz ist anders als die Bisherigen. Ich habe diese Definition bewusst ausgewählt, da sie zeigt, dass auch unter den Befürwortern eines Grundeinkommens

keine Einigkeit über die Intention des Grundeinkommens besteht. Wenn ein Anreiz gegeben sein soll, eine Erwerbsarbeit anzunehmen, dann darf das Grundeinkommen oder Bürgergeld dieser Überlegung nach nicht zu hoch sein. Will man einigermaßen würdevoll und finanziell abgesichert leben, so bleibt der Arbeitszwang weiterhin bestehen. Herr Pilz bleibt mit seiner Definition weiter in der bestehenden Arbeitsgesellschaft verwurzelt. Andere Autoren wie Wolfgang Engler denken disruptiver und verweisen auf die notwendige Entkoppelung von Einkommen und Erwerbsarbeit, um einen kulturellen Wertewandel zu initiieren: „Der Bürger in seiner zeitgenössischen Verfassung genießt fundamentale individuelle und politische Rechte, und er genießt sie unbeding. In seinen sozialen Rechten stößt er jedoch auf eine Bedingung - auf sich als Arbeiter, auf die Arbeit als Nadelöhr existenzieller Forderungen ans Gemeinwesen. Erst wenn dieses letzte Bedingungsverhältnis aufgelöst ist, soziale Rechte BEDINGUNGSLOS gewährt werden, ist der Bürger endgültig als universelles Rechtssubjekt konstituiert. Das Bürgergeld formuliert diesen utopischen Anspruch“ (Engler 2005, S. 141). Engler verweist auf das universelle Recht des Menschen an der Teilhabe an der Welt, in die er hineingeboren wurde. Der Mensch wird diesem Verständnis nach nicht auf seine wirtschaftliche Kraft reduziert. Er wird nicht gemessen anhand seines individuellen Anteils am Bruttosozialprodukt, sondern darf Mensch bleiben, ob er (erwerbs-)arbeitet oder nicht. Fasst man die genannten Definitionen zusammen, so ergeben sich folgende Faktoren, die das bedingungslose Grundeinkommen charakterisieren:

- eine regelmäßige, existenzsichernde Geldzahlung
- von einer politischen Gemeinschaft ausgezahlt
- an alle Mitglieder der politischen Gemeinschaft
- ohne vorherige Beitragsleistung
- ohne jedwede verpflichtende Gegenleistung
- ermöglicht ein würdevolles Leben in Freiheit
- erste Voraussetzung für eine Multiaktivitätsgesellschaft

Das Grundeinkommen böte, so meinen dessen Verfechter, die Chance, soziale Teilhabe für alle Menschen zu ermöglichen, und zwar unabhängig von Erwerbsarbeit und sozialem Status. Es wirke einer Stigmatisierung und Ausgrenzung entgegen, da man sich für dessen Bezug nicht rechtfertigen müsse. Das Grundeinkommen sei daher weit mehr als nur eine Zusammenfassung der bisherigen staatlichen Transferleistungen zu einer neuen, bedingungslosen. Es sei ein sozialpolitisches und gesellschaftliches Novum. Es böte enorme gesellschaftliche wie auch kulturellen Chancen. Das schafft Hoffnungen, aber auch viele Ängste und Zweifel. Darauf soll nun eingegangen werden.

Warum ein Grundeinkommen?

In seinem Buch *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft* (2004) geht der amerikanische Soziologe Jeremy Rifkin der Frage nach, warum wir zukünftig umdenken und unser Verhältnis zur Arbeit neu bestimmen müssen. Rifkin zufolge wird die Wirtschaft schon bald „über alles technologisch Notwendige und die Organisationskapazität verfügen, um Waren und Grunddienstleistungen für eine wachsende menschliche Bevölkerung mit einem Bruchteil der heute beschäftigten Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen“ (ebd., S. 25). Sowohl industrielle Arbeitsprozesse als auch Dienstleistungen werden, so meint Rifkin, im 21. Jahrhundert immer mehr von Maschinen erledigt werden.

Durch technologischen Fortschritt wird die Steigerung der Produktivität unabhängig von menschlicher Arbeitskraft ermöglicht. Der sogenannte »jobless growth« verbreitet sich. „Die alte Logik, dass technologischer Fortschritt und Produktivitätszuwachs alte Jobs vernichten, aber auch genauso viele neue schaffen, trifft nicht mehr zu“ (ebd., S. 18). Zur Wartung der Maschinen wird nur noch ein Bruchteil der heute lohnabhängig beschäftigten Menschen benötigt werden. Immer weniger Menschen werden immer mehr erwirtschaften. Die heutige Situation - der massive Abbau von Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Steigerung der Produktivität - wird sich Rifkin zufolge in Zukunft noch massiv verstärken. Das wirft die Frage auf, die all jene Menschen konsumieren und zum Wachstum der Wirtschaft beitragen sollen, die aufgrund des Verlustes ihres Arbeitsplatzes über kein Erwerbseinkommen mehr verfügen. Auch André Gorz bringt (2000, S. 81) das Dilemma auf den Punkt. Er schreibt: „Es gibt nicht und wird nie wieder genug Arbeit (entlohnte, feste Vollarbeit) für alle geben.“ Immer mehr Menschen verlieren ihre Arbeit, verfügen somit über immer weniger Geld und können demzufolge immer weniger konsumieren. Im Gegenzug wird immer mehr Reichtum mit immer weniger Kapital und Arbeit produziert. „Die Produktion verteilt in der Folge an eine abnehmende Zahl von Berufstätigen eine abnehmende Menge von Löhnen und Gehältern, wodurch die Kaufkraft eines wachsenden Anteils der Bevölkerung sinkt und Arbeitslosigkeit, Armut, unumgehbare Not sich ausbreiten“ (ebd., S. 129). Der daraus resultierende Einbruch der Binnennachfrage schwächt die Wirtschaft. Hinreichende Masseneinkommen sind daher nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern langfristig auch Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Denn: „Nicht die schlechte Laune der Verbraucher, sondern ihre sinkenden Einkommen sind in der Bundesrepublik die Ursache für die schlechte Konjunktur. [...] Nur Massen von kaufkräftigen Kunden kaufen Massen von Gütern und Dienstleistungen“ (Afheldt 2005, S. 43).

Da nun aber das derzeit bestehende soziale Sicherungssystem (Kranken-, Unfall-, Arbeitslosen-, Renten- und Pflegeversicherung) auf Beitragszahlungen der sozial-versicherungspflichtig Beschäftigten basiert, führt die finanzielle Koppelung von sozialer Absicherung an Erwerbsarbeit auf Dauer zu einer Unfinanzierbarkeit des bestehenden Sozialsystems. Zeit also, umzudenken. Ein Grundeinkommen, das durch eine sehr hohe Mehrwertsteuer über den Konsum finanziert werden könnte, wäre ein Ausweg. Götz Werner schildert diese Vorstellung (in der *tageszeitung* vom 27.11.06, S. 4): „Nicht wer etwas leistet, sondern wer Leistungen anderer in Anspruch nimmt, soll Steuern zahlen. Also alle Steuern abschaffen – außer die Mehrwertsteuer. [...] Sie ist die einzige Steuer, die sinnvoll und gerecht ist.“ Die Finanzierung der Sozialleistungen wäre nicht mehr an Erwerbsarbeit gekoppelt. Eine positive Folge des Grundeinkommens wäre die Aufweichung des bestehenden Arbeitsbegriffs. Die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine soziale, kreative, selbstbestimmte und angstarmen Existenz würden gelegt, denn ein bedingungsloses Grundeinkommen würde eine Rückbesinnung auf soziale und kreative Tätigkeiten ermöglichen, wie Wolfgang Engler (2005, S. 144) schreibt: „Freiheit von existenziellen Ängsten ermöglicht Freiheit FÜR anderes MIT anderen.“ In Folge dessen könnte das Soziale als wesentliche Dimension ökonomischer Austauschbeziehungen wiederentdeckt werden (vgl. Goehler 2006, S. 100). Ferner würde das Grundeinkommen die Selbstachtung und Selbstverantwortung des Einzelnen stärken und ihm mehr Gestaltungsspielraum für das eigene Leben ermöglichen, wie Götz Werner betont: „Wir könnten einem Arbeitgeber sagen, dass wir bei ihm nicht mehr arbeiten wollen, weil er die Umwelt verschmutzt oder weil er seine Angestellten mies behandelt. Was glauben Sie, wie ein solches Grundeinkommen die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft entfesselt“ (in der *tageszeitung* vom 27.11.06, S. 5). Diese

Entfesselung der Leistungsfähigkeit, die Erfahrung, eine sinnvolle Tätigkeit frei von finanziellen Zwängen aus eigener Überzeugung heraus mit Leidenschaft auszuführen, ist ein entscheidender ökonomischer Faktor. Wenn Wirtschaft - wie im Verständnis von Ludwig Erhard - nur dann als gut zu erachten ist, wie sie den Menschen zum Nutzen und Segen gereicht, dann kann das Grundeinkommen als solch ein Segen erachtet werden. Anders als von Kritikern oft behauptet, würde das bedingungslose Grundeinkommen sehr wahrscheinlich nicht dazu führen, dass keine Arbeit mehr verrichtet würde, dass ein Großteil der Menschen sich also rundum versorgt dem Nichtstun hingeben würden. Gerade das aber ist das zentrale Problem unserer Gesellschaft.

Das Fehlen von Erwerbsarbeit wird mit Nichtstun gleichgesetzt. „Die Arbeitslosen haben wir nur, weil wir den Begriff der Arbeitslosigkeit verwenden. Die meisten sogenannten Arbeitslosen haben ja Arbeit, sie liegen nicht den ganzen Tag auf der Couch und gucken Pro 7. Sie sind beschäftigt, in der Familie, in der sozialen Arbeit, im Sportverein. Sie tun wertvolle Dinge“ (Götz Werner in der *tageszeitung* vom 27.11.06, S. 4). Der Mensch müsste aber eben keine Arbeit mehr zwangsweise ausführen, die ihm zur Verrichtung gegeben wird. Vielmehr könnte er „in eigener Verantwortung die Arbeit ergreifen, die er für notwendig und sinnvoll erachtet. Wir werden arbeiten, weil wir einen Sinn darin sehen - nicht, weil wir dazu gezwungen sind. [...] Befreit von Existenzsorgen könnten die Menschen ihre Talente entfalten“ (ebd., S. 4). Zu betonen ist auch, dass Arbeitsleistungen *jeglicher Art* durch ein Grundeinkommen mehr Würdigung erfahren. Denn Arbeit ist ja weit mehr als Erwerbsarbeit. Im Ehrenamt oder im Privaten geleistete, nicht finanziell vergütete Arbeiten sind gesellschaftlich zwar geschätzt, aber *als Arbeit* wenig anerkannt. Solche Arbeiten ermöglichen allerdings erst die Erwerbsarbeit (von anderen). Würden wir von einem Tag auf den anderen nur noch Arbeit verrichten, die finanziell entlohnt wird, würde die Gesellschaft binnen weniger Wochen sozial und kulturell verarmen. Sie würde schließlich komplett zusammenbrechen. Das jedoch wird beständig übersehen oder ignoriert. Arbeit wird weitestgehend nur dann gesellschaftlich anerkannt, wenn sie normiert und entlohnt erfolgt. André Gorz (2000, S. 91) bemerkt diesbezüglich: „Das »Recht auf Arbeit« (gleichbedeutend mit dem Recht auf den Arbeitsplatz) wird vor allem als ein politisches Recht beansprucht, Zugang zu den sozialen und ökonomischen Aspekten der Staatsbürgerlichkeit zu erlangen. Solange dem so ist, werden Aktivitäten, die von der Norm regelmäßiger Vollzeitarbeit abweichen, als minderwertig wahrgenommen, als etwas, das dazu führt, die Rechte des Bürgers zu beschneiden, ihm die Vorteile zu verweigern, die »normal« Beschäftigte genießen.“ Darum auch „sagt man von einer Frau, sie habe Arbeit, wenn sie in der Grundschule unterrichtet, und sie habe keine, wenn sie ihre eigenen Kinder großzieht“ (ebd., S. 11).

Die Tragik dieser Fehlwertung lässt sich mit einem berühmt ironischen, leider noch immer aktuellen, Satz des Staatswirtschaftlers Friedrich List aus dem Jahr 1841 auf die Spitze treiben. Er sagte (als Anklage gemeint): „Wer Schweine erzieht, ist ein produktives, wer Menschen erzieht, ein unproduktives Mitglied der Gesellschaft“ (in Prantl 2005, S. 67). Das findet noch heute Anklang, denn die Leistungen der Familie gehen bis heute nicht in die Berechnungen des Bruttosozialprodukts ein. Kindererziehung und Reproduktion der Gesellschaft werden von den Familien geleistet, die finanziell dadurch Nachteile erfahren. Gesellschaft und Wirtschaft nehmen die kostenlose Leistung der Familien gerne entgegen und danken es mit finanzieller Mehrbelastung sowie gesellschaftlicher Nichtanerkennung. Insbesondere Tätigkeiten der Erziehung, Kinderbetreuung und Hausarbeit könnten durch ein bedingungsloses Grundeinkommen eine Aufwertung erfahren. Das

Grundeinkommen könnte hier ein neues Arbeitsbewusstsein schaffen und die Identifizierung von Arbeit mit Erwerbsarbeit aufweichen. „Das Streben geht dahin, Handlungen und Tätigkeiten unterhalb der formellen Schwelle so aufzuwerten, daß sie dieser moralisch gleich geachtet und materiell annähernd gleich geschätzt werden“, schreibt Engler (2005, S. 25). Ein bedingungsloses Grundeinkommen böte eine Alternative zum bestehenden sozialen Sicherungssystem. Um diese Alternative denken zu können, muss eines aber anerkannt werden: Die Vollbeschäftigung ist Vergangenheit. Sie wird nicht zurückkehren. Darin liegt für viele Menschen eine Bedrohung, die Angst vor der Frage: Was soll nun werden? Das Grundeinkommen ist keine Antwort auf diese Frage, wohl aber könnte es eine Basis erzeugen, auf der es *allen* Menschen ermöglicht würde, an der Gestaltung der Gesellschaft aktiv teilzunehmen. Die Gesellschaft könnte neu gedacht und neu ausgerichtet werden, weg von der Erwerbsarbeit, hin zum Sozialen und Kulturellen, hin zu mehr »Lebensinn«. Der Erwerbsarbeit könnte so etwas von der Prägekraft genommen werden, die sie in den letzten 200 Jahren erfahren hat. Opaschowski (1998, S. 40) bringt es so auf den Punkt: „Mit dem Ende der Vollbeschäftigung verliert die Arbeit ihre dominante Prägekraft für das Leben. [...] Die Prägung des Menschen durch die außerberufliche Lebenserfüllung [nimmt] deutlich zu.“

Warum bedingungslos?

Bezüglich der Notwendigkeit der Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens äußert sich André Gorz ausführlich in seinem Buch *Arbeit zwischen Misere und Utopie* (2000). Er verweist darauf, dass in nahezu allen politischen Kreisen, sowohl bei den Linken wie auch bei den Liberalen und Konservativen, noch immer die Behauptung verteidigt wird, Arbeit sei ein unerlässliches Recht wie auch ein Zwang für die Menschen. Der Arbeit werden nach wie vor der größte Stellenwert und die stärkste Prägekraft im Leben der Menschen zugesprochen. Die Politik fordert, „dass all diejenigen, deren Arbeitskraft das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht mehr zu verwerten weiß, zu gemeinnützigen (oder auch nutzlosen) Billiglohnarbeiten gezwungen werden“ (ebd., S. 121). Problematisch an der Forderung des Arbeitszwangs bzw. der Verknüpfung des Grundeinkommens an eine Gegenleistung ist allerdings, dass die Gegenleistung in Art und Umfang schwer zu bestimmen und zu verteilen wäre. In welcher Form könnte bzw. müsste die Gegenleistung erbracht werden? In welchem Umfang? Müsste es sich um eine soziale Tätigkeit handeln? Wer bestimmt den gesellschaftlichen Mehrwert der erbrachten Gegenleistung? Dies gelte es, so meint Gorz, zu beantworten. Zur Bestimmung dieser Frage, als auch zur Verteilung und Organisation der Arbeit, wäre ein gewaltiger Verwaltungsapparat notwendig. Dadurch entstünden indes ebenso gewaltige Kosten. Laut Benediktus Hardorp belaufen sich die Verwaltungskosten in den sozialen Transfersystemen bereits heute auf etwa 100 Milliarden Euro jährlich (vgl. Hardorp in Werner 2006, S. 52). Ein von Befürwortern des Grundeinkommens immer wieder hervorgebrachter Aspekt ist aber gerade der Wegfall von Verwaltungskosten bei bedingungsloser Einführung des Grundeinkommens. Jeder hätte Anspruch darauf, es gäbe weder Ausnahmen noch Sonderzahlungen oder andere Zuschüsse, so die Vorstellung vieler Befürworter des Grundeinkommens. Dadurch verringere sich die Bürokratie. Die Verwaltungskosten könnten durch die Bedingungslosigkeit reduziert werden, durch ein an Bedingungen geknüpftes Grundeinkommen hingegen entstünden zusätzliche Kosten.⁴

⁴ Anzumerken ist indes, dass die Vorstellung mancher Befürworter des Grundeinkommens, dass das Grundeinkommen *jede andere Sozialleistung* ersetze, illusorisch anmutet. Es wird immer Fallkonstellationen geben, die enorme Kosten verursachen, für die heute die Sozialversicherung aufkommt. Für einen Menschen

Die potenzielle Gegenleistung in Form von Zwangsarbeit träte ferner in Konkurrenz zu normal entlohnten Tätigkeiten und ehrenamtlich geleisteter Arbeit. Die Folgen wären offenkundig: Wird das Grundeinkommen an Bedingungen wie Arbeitszwang geknüpft, dann „stellt es den wirklich Freiwilligen die Mithilfe planmäßig Freiwilliger zur Verfügung, die dadurch Gefahr laufen, als untergeordnete Mitarbeiter behandelt und zu weniger dankbaren Aufgaben verurteilt zu werden. Denn sie tun das, was die wirklich Freiwilligen umsonst und aus Überzeugung leisten, nur in Hinsicht auf ihr Grundeinkommen“ (Gorz 2000, S. 122). Des Weiteren stellt sich die Frage nach der Qualität einer unter Zwang geleisteten Arbeit. Eines der Ziele des bedingungslosen Grundeinkommens ist gerade die Ermöglichung von selbstbestimmter Arbeit in Freiheit. Engagement, Kreativität und Qualität können sich aber nur bedingt unter Zwang entwickeln, sie können eben nicht verordnet werden. Das bedingungslose Grundeinkommen soll gerade dazu führen, dass die Menschen eine Arbeit nicht aus Zwang, sondern aus innerem Antrieb, eigener Überzeugung und nach den individuellen Neigungen aufnehmen. „Jeder Bürger würde gewinnen. An Würde und Sicherheit. An wirklicher Freiheit: die Freiheit, Nein sagen zu können. [...] Befreit von Existenzsorgen würden die Leute nicht mehr ängstlich sparen, sie könnten konsumieren und, noch wichtiger: Ohne Zukunftsangst könnten sie ihre Talente entfalten, wirklich Mensch werden. Und jeder wäre mit jedem auf gleicher Augenhöhe“ (Werner 2006, S. 40). Jeder mit jedem auf gleicher Augenhöhe. Dieser Vision würde ein an Bedingungen geknüpftes Grundeinkommen entgegenstehen. Denn die Empfänger des Grundeinkommens wären weiterhin als Bürger zweiter Klasse gebrandmarkt. Sie würden weiterhin stigmatisiert als Versager und Faulenzer, die „bei Bedarf zum ganzen Menschen aufgefüllt werden“ (Engler 2005, S. 126). Ein an Bedingungen geknüpftes Grundeinkommen würde an der bestehenden gesellschaftlichen Fixierung auf Arbeit als Dreh- und Angelpunkt des Lebens nichts ändern. Es würde gerade nicht ermöglichen, Arbeit neu zu denken.

Was verhindert die Umsetzung?

Die Tatsache, dass es vielen Menschen an der Fähigkeit oder Bereitschaft zum Umdenken mangelt, liegt keinesfalls nur an einem individuell unzureichenden Vorstellungsvermögen. Es liegt vielmehr an der enormen Prägekraft des bestehenden Systems, in das wir hineingeboren und anhand dessen Wertmaßstäben wir sozialisiert werden. Eine Gesellschaft, deren Prägekraft, Kulturgüter und Wertvorstellungen über Jahrzehnte, ja sogar Jahrhunderte, gewachsen sind, kann nicht von heute auf morgen neu gedacht werden. Es braucht Zeit, Mut und vor allem die Bereitschaft zu einem neuen Denken. Solange „der Wandel der Denkweisen nicht seinen öffentlichen und kollektiven Ausdruck gefunden hat, kann er von den Machthabern ignoriert, für marginal, abweichend und unbedeutend gehalten werden“, schildert Gorz (2000, S. 85). Er spricht in diesem Zusammenhang vom Problem des hermeneutischen Zirkels, „daß wir nämlich nur das verstehen, was wir wissen, und nur wissen, was wir verstehen können. Wenn wir das Neue nach den Deutungsmustern und kulturellen Stereotypen des Alten wahrnehmen und interpretieren, bleiben wir blind für das, was dessen Neuheit ausmacht.“ Konrad Adam, Redakteur der Zeitung *Die Welt*, liefert mit seinem

beispielsweise, der einen Grad der Behinderung von 100 hat und schwerstpflegebedürftig ist, wird ein Grundeinkommen allein nicht ausreichend sein. Er könnte damit die Pflegekräfte, die er benötigt, nicht bezahlen. Diverse Sozialleistungen seitens der Kranken- und Pflegeversicherung wird es weiterhin geben müssen. Ebenso muss es weiterhin Leistungen der Arbeitsagentur geben, um Menschen eine Weiterbildung/Qualifizierung zu finanzieren, die sie sich allein von einem Grundeinkommen nicht bezahlen könnten.

Leitartikel vom 20. Mai 2006 ein Paradebeispiel für die alte, traditionell-konservative kulturelle Wertvorstellung. Unter der Überschrift: „*Warum soll ich für sie bezahlen?*“ heißt es darin: „Bisher funktionierte der Wohlfahrtsstaat deutscher Bauart nach dem Motto, mit dem naive Umweltschützer ihr Gewissen beruhigen: Der Strom kommt aus der Steckdose! Entsprechend nahmen die Sozialstaatsbürger ihre Zuwendungen in dem Glauben entgegen, das Geld komme vom Sozialamt. [...] Eine Politik, die jahrzehntelang damit beschäftigt war, den Leuten einzupfropfen, daß es einen Rechtsanspruch auf alles Mögliche gibt, auf Schultüten für die Kleinen und auf goldene Eheringe für die Großen, kommt nicht so schnell ans Ende. Der Anspruch ist dabei ja immer großgeschrieben worden, das Recht dagegen immer kleiner. [...] 38 Millionen Erwerbstätigen stehen rund 20 Millionen Rentner und Pensionäre, 8 Millionen Behinderte, 6 oder 7 Millionen Arbeitslose und 2 Millionen Studenten gegenüber: Leute, die es als ihr gottgewolltes Recht betrachten, von dem zu leben, was andere für sie aufbringen müssen [...].“ Abgesehen davon, dass die genannten Rentner, und ein Großteil der Arbeitslosen, während ihres Berufslebens selbst in die Renten- bzw. Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben und Studierende studieren, um später einen Beruf zu ergreifen, dessen Verrichtung auch wieder der Wirtschaft dient, ist die Bundesrepublik Deutschland laut Art. 20 Abs. 1 des Grundgesetzes ein sozialer Bundesstaat. Zwar scheint Herr Adam davon wenig begeistert zu sein, doch nichtsdestotrotz hat ein Sozialstaat jedem Bürger eine menschenwürdige Existenz zu gewährleisten. Er hat dafür Sorge zu tragen, dass niemand aus finanziellen Gründen von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt bleibt. Herr Adam hingegen scheint diese Ausgrenzung mit seiner Anklage forcieren zu wollen, erklärt er Sozialleistungsempfänger doch unisono zu Sozialschmarotzern, die von ungebrochener Anspruchsmentalität benebelt nichts Besseres zu tun hätten, als den Menschen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen, auf der Tasche zu liegen. Die Menschen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, gelten seinem Verständnis nach als gänzlich unproduktiv – mithin als wirtschaftlich nutzlos. Denn sie erwirtschaften nichts. Sie sind keine produktiven Mitglieder der Gesellschaft, demzufolge auch nicht als vollwertige Mitglieder dieser Gesellschaft anzusehen. Und dennoch erdreisten sich diese Abgehängten und Überflüssigen, an der Gesellschaft partizipieren zu wollen? Was für eine Unverschämtheit. Die Diffamierungen des Herrn Adam zeugen nicht nur von einem fragwürdigen, an Sozialdarwinismus erinnernden Menschenbild, sie entbehren auch jeglicher Grundlagen.

Es ist keinesfalls so, dass Menschen, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen, nicht zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen, das tun sie sehr wohl. Arme Menschen geben prozentual gesehen mehr ihres Einkommens für Konsumgüter aus als Besserverdienende, denn sie können keine Reserven zurücklegen. Arme Menschen haben zumeist eine Sparquote von 0,0 %. Sie halten das Geld nicht auf der Bank, sondern kontinuierlich in Umlauf. Und sie leisten durchaus Arbeit, sei es im Privaten, im Sozialen, oder in zahlreichen nicht sozialversicherungspflichtigen Minijobs. Herr Adam steht mit seiner Meinung aber nicht allein dar. Er weiß zumindest die Mehrheit der konservativen Bevölkerung hinter sich. Sein Leitartikel ist ein Spiegel vorherrschender gesellschaftlicher Moralvorstellungen: Erwerbsarbeitsfreie Daseinsfürsorge, Selbstfürsorge, für die andere aufkommen, ist verpönt. Am Beispiel seines Leitartikels zeigt sich das Kernproblem beim Umdenken der Gesellschaft, die Schwierigkeit des Abschiednehmens, auf deren Notwendigkeit André Gorz verweist. Unser Denkproblem besteht in der Vergötterung von Erwerbsarbeit als Basis der Selbstachtung. Es besteht in der Annahme, die Erwerbsarbeit sei Selbstzweck des irdischen Lebens. Die beiden folgenden Zitate veranschaulichen dies: „Die Arbeit ist der Eckstein, auf dem die Welt ruht, sie ist

die Wurzel unserer Selbstachtung“ (Ford 1923, S. 140). „Wenn sich eine Ware nicht verkauft, mag das ärgerlich sein; ein Mensch ohne Arbeit aber, das ist eine Tragödie“ (Krugman 1998, S. 17). Wolfgang Engler (2005, S. 144) kritisiert diese Vergötterung der Arbeit als Triebkraft und Zweck der Gesellschaft. Er schreibt: „Wer sich von der Arbeit trennt, trennt sich von der Gesellschaft, und für die tonangebende Ansicht gilt als ausgemacht, »dass solche Menschen am Ende auch nicht mehr partizipieren wollen an dem, was unter Gemeinwesen verstanden wird.«“

Die modernen westlichen Moral- und Wertvorstellungen bezüglich der Arbeit sind entscheidend geprägt von der protestantisch-calvinistischen Arbeitsethik. Sie haben sich durch nunmehr 200 Jahren Kapitalismus so in den Köpfen der Menschen verfestigt, dass sie als naturgegeben angesehen werden. Doch das sind sie nicht. Werte sind immer wandelbar. Sie sind eine gesellschaftliche Konstruktion. Die unseren fasste Max Weber bereits im Jahr 1904 in seinem Werk *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus* zusammen. Entscheidende Charakteristika dieser Ethik sind die Prädestinationslehre und die innerweltliche Askese. Der Prädestinationslehre zufolge kann die Gnade Gottes nicht durch religiöses Handeln erlangt werden. Sie ist vorbestimmt. Die Prädestination lasse sich zwar nicht positiv beeinflussen, sie drücke sich jedoch im Diesseits durch wirtschaftlichen Erfolg aus. Misserfolg hingegen zeige, dass jemand nicht zu den Auserwählten, sondern zu den Verdammten gehöre. „Es war zwar wichtig, das Wort Gottes zu verbreiten, aber gute Werke brachten einen nicht weiter. Gott hatte längst diejenigen auserwählt, die er zu retten gedachte“ (Saul 1997, S. 30). Nicht religiöses Eifern führe zur Auserwähltheit vor Gott. Erlösung könne man sich allein durch den wirtschaftlichen Erfolg im irdischen Leben vergewissern. Kapitalakkumulation und wirtschaftliches Streben werden gleichgesetzt mit der Mehrung von Gottes Ruhm. „Nicht Muße und Genuß, sondern nur Handeln dient nach dem unzweideutig geoffenbarten Willen Gottes zur Mehrung seines Ruhms. Zeitvergeudung ist also die erste und prinzipiell schwerste aller Sünden“, beschreibt Max Weber (2002, S. 204) diese Dogmatik, wonach der Erfolg im Beruf gleichgesetzt wird mit göttlicher Berufung. Zu Gottes Ruhm soll der Besitz durch rastlose Arbeit vermehrt werden. Ein Paradebeispiel für dieses Verständnis von Arbeit und Kapitalakkumulation als Selbstzweck des Lebens liefern die Ausführungen des amerikanischen Erfinders und Politikers Benjamin Franklin (1770 in Weber 2002, S. 161-162). Er schreibt:

„Bedenke, daß die Zeit Geld ist; wer täglich zehn Schillinge durch seine Arbeit erwerben könnte und den halben Tag spazieren geht, oder auf seinem Zimmer faulenzet, der darf, auch wenn er nur sechs Pence für sein Vergnügen ausgibt, nicht dies allein berechnen, er hat neben dem noch fünf Schillinge ausgegeben oder vielmehr weggeworfen. Bedenke, daß Kredit Geld ist. Läßt jemand sein Geld, nachdem es zahlbar ist, bei mir stehen, so schenkt er mir die Interessen, oder so viel als ich während dieser Zeit damit anfangen kann. [...] Bedenke, das Geld von einer zeugungskräftigen und fruchtbaren Natur ist. Geld kann Geld erzeugen und die Sprößlinge können noch mehr erzeugen und so fort. Fünf Schillinge umgeschlagen sind sechs, wieder umgetrieben sieben Schillinge drei Pence und so fort bis es hundert Pfund Sterling sind. Je mehr davon vorhanden ist, desto mehr erzeugt das Geld beim Umschlag, so daß der Nutzen immer schneller und schneller steigt. Wer ein Mutterschwein tötet, vernichtet dessen ganze Nachkommenschaft bis ins tausendste Glied. Wer ein Fünfschillingstück umbringt, mordet alles, was damit hätte produziert werden können: ganze Kolonnen von Pfunden Sterling. [...] Du entdeckst, was für wunderbar kleine Ausgaben zu großen Summen anschwellen und du wirst bemerken, was hätte gespart werden können und was in

Zukunft gespart werden kann [...] Wer täglich einen Teil seiner Zeit zum Wert eines Groschens verschwendet (und das mögen nur ein paar Minuten sein), verliert, einen Tag in den anderen gerechnet, das Vorrecht 100 Pfund jährlich zu gebrauchen. Wer nutzlos Zeit im Wert von 5 Schillingen vergeudet, verliert 5 Schillinge und könnte ebenso gut 5 Schillinge ins Meer werfen. Wer 5 Schillinge verliert, verliert nicht nur die Summe, sondern alles, was damit bei Verwendung im Gewerbe hätte verdient werden können.“ Mit der Prädestinationslehre einhergeht, dass Vergnügen und Lebensfreude allein unter dem Gesichtspunkt ökonomischer Nützlichkeit zum Ziel der Kapitalakkumulation betrachtet werden. Arbeit und Kapitalvermehrung werden zum Selbstzweck des Lebens stilisiert. Vergnügen, Erholung und Faulenzen werden als nutzlos und verwerflich betrachtet: Zeit ist Geld – so das Credo. Oder, um noch mal Max Weber zu zitieren: „Der Mensch ist auf das Erwerben als Zweck seines Lebens, nicht mehr das Erwerben auf den Menschen als Mittel zum Zweck der Befriedigung seiner materiellen Lebensbedürfnisse bezogen. Diese [...] schlechthin sinnlose Umkehrung des wie wir sagen würden, natürlichen Sachverhalts ist nun ganz offenbar ebenso unbedingt ein Leitmotiv des Kapitalismus, wie sie dem von seinem Hauch nicht berührten Menschen fremd ist“ (ebd., 2002, S. 164).

Die innerweltliche Askese verbietet jegliche Art von Vergnügen und Muße. Fleiß und Gewinnstreben hingegen sind gottgewollt. Das Ausgeben und Genießen der erwirtschafteten Güter werden durch die Askese getadelt. Wer nicht arbeitet, der soll nicht essen, wer nicht arbeitet, der ist nichts wert. Der asketische Sparzwang trägt direkt zur Kapitalakkumulation bei, da das erwirtschaftete Kapital nicht für Vergnügen, Genuss etc. ausgegeben werden darf. Es wird reinvestiert zur Mehrung von Gottes Ruhm. Ergo handelt der Kapitalist in Einklang mit dem Willen Gottes. Bei diesem Wirtschafts- und Religionsverständnis werden die Marktgesetze gleichgesetzt mit einer göttlichen Instanz. Die These, dass der Kapitalismus eine Religion sei, ist, das zeigen die obigen Darlegungen, so weit hergeholt daher nicht. Die Askese legte den Grundstein für die noch heute bestehende Prägekraft der Arbeit als Selbstzweck des Lebens. Sie vertiefte, so schildert es Max Weber (2002, S. 221-222), „nicht nur diesen Gesichtspunkt aufs Mächtigste, sondern sie erschuf jener Norm das, worauf es ja schließlich doch für deren Wirkung allein ankam: den psychologischen Antrieb durch die Auffassung dieser Arbeit als Beruf, als vorzüglichsten, ja letztlich oft als einzigen Mittels, des Gnadestandes sicher zu werden. Und sie legalisierte auf der anderen Seite die Ausbeutung dieser spezifischen Arbeitswilligkeit, indem sie auch den Gelderwerb des Unternehmers als »Beruf« deutete. [...] Die Behandlung der Arbeit als »Beruf« wurde für den modernen Arbeiter ebenso charakteristisch wie für den Unternehmer die entsprechende Auffassung des Erwerbs.“ Dieses menschenfeindliche Verständnis der calvinistischen Ethik veranlasste Weber, die Lehre des Calvinismus als „pathetische Unmenschlichkeit“ zu bezeichnen. „Der Wert der Uneigennützigkeit, im Sinne des Gemeinwohls oder der Hintanstellung des eigenen Vorteils, wurde missachtet und verleugnet. Die bloße Vorstellung eines Gemeinwohls verflüchtigte sich also“ (Saul 1997, S. 35). Die Religion mag im Laufe der Jahrhunderte immer mehr von ihrer Prägekraft verloren haben, der Kapitalismus ist allerdings auch heute noch geprägt vom gleichen Wertmaßstab wie vor 100 Jahren: Etwas Wert ist nur jener Mensch, der arbeitet, der wirtschaftliche Erfolge erzielt, der sich und sein Tun kapitalisiert sowie kommodifiziert. Nicht von ungefähr existiert heute der Begriff des Humankapitals. „Unglücklicherweise ist genau diese Gleichsetzung das kulturelle Dogma unserer Zeit schlechthin. Einzig der arbeitende Mensch gilt als aktiv handelnde Person, als vollwertiges soziales Wesen, das zu Stolz und Selbstachtung berechtigt ist“, kritisiert Engler (2005, S. 144).

Die prägende Kraft der Erwerbsarbeit

„Die Macht des modernen Arbeitsglaubens lebt von der Angst, ihn zu verlieren“, schreibt Engler (2005, S. 41). Ein prägnanter Satz, zeigt er doch die entscheidenden Wirkfaktoren auf, die den Erhalt der bestehenden Gesellschaftsordnung forcieren. Arbeit bedeutet Macht, denn der Gedanke daran, sie zu verlieren, erzeugt Angst. Der herrschende Diskurs bezüglich der Bedeutung der Arbeit als dringendes Bedürfnis und heiliges Recht „nutzt schließlich vor allem der Herrschaftsstrategie des Kapitals: Er treibt alle dazu an, sich mit allen anderen im Konkurrenzkampf um immer knapper werdende Arbeitsplätze dem Diktat der Arbeitgeber und des Marktes zu unterwerfen“, meint Gorz (2000, S. 83). Die Menschen werden gegeneinander ausgespielt, entfremdet und zu immer mehr Entbehrungen gezwungen in Anbetracht der Angst, die identitätsstiftende wie auch zur Selbstachtung berechtigende Erwerbsarbeit zu verlieren. Wer Arbeitsplätze schaffen oder vernichten kann, verfügt über Macht. Ein Grundeinkommen, das unabhängig vom Zwang der Erwerbsarbeit ausgezahlt würde, führte zwangsläufig zur Lohnsteigerung. Einfach, um den Menschen einen finanziellen Anreiz zu bieten, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. Auch weniger beliebte, körperlich anstrengende Berufe müssten somit wesentlich besser entlohnt werden. Es würde nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine gesellschaftliche Aufwertung von heute als minderwertig angesehenen Tätigkeiten im Gesundheits- und Dienstleistungsbereich stattfinden. Eine Folgerung dieser Aufwertung wäre, dass die Erwerbstätigen, die heute körperlich und psychisch anstrengenden Jobs nachgehen, über mehr Autonomie, Würde und Verhandlungsfreiheit gegenüber den Arbeitgebern verfügten (vgl. Gorz 2000, S. 113-118).

Anzumerken ist diesbezüglich, dass laut Daten des Statistischen Bundesamtes 2010 ca. 20 % der erwerbstätigen Menschen in Deutschland im Niedriglohnsektor beschäftigt waren. Tendenz steigend. Bereits 25 % waren 2010 atypisch beschäftigt (befristet, in Teilzeit). Die Menschen, die niedrige Löhne erhalten, gehen oft keinem Beruf nach – sie haben *Jobs*. Ärzte, Anwälte, Lehrer oder Wissenschaftler haben Berufe, zu denen sich manchen gar berufen fühlen. Im Niedriglohnsektor gibt es das kaum. Er zeichnet sich vielmehr dadurch aus, dass die dortigen Jobs nicht nur schlecht bezahlt, sondern oft auch körperlich anstrengend und monoton sind. Sie bieten zumeist wenig Handlungsautonomie, stellen also mitnichten Verrichtungen dar, die sich zur Selbstverwirklichung eignen. Gerade deshalb dürfte es so manchen Menschen, die im Niedriglohnsektor hart arbeiten, zynisch vorkommen, wenn Menschen, die einen angenehmen Bürojob im Hochlohnsektor haben, ein Loblied auf die Arbeit singen. Deren Arbeits- und Lebensrealität ist *nicht* die Realität der Niedriglohn-Jobber. Und das werden immer mehr. Führt man sich das vor Augen, ist klar, dass die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens nicht im Sinne der meisten Arbeitgeber ist. Sie würden an Macht verlieren, wenn Menschen »Nein« sagen könnten. Derzeit ist das Niedriglohn-Jobbern kaum möglich, weil sie Sanktionen seitens des Jobcenters zu befürchten haben, wenn sie einen Job ablehnen. Denn unabhängig von der eigenen Formalqualifikation gilt fast jeder Job als zumutbar. Auch das zeugt davon, wie zentral der Wert von Arbeit - im wahrsten Wortsinne um jeden Preis - in unserer Gesellschaft gesehen wird. Das aber war nicht immer so. Wolfgang Englers spricht nicht ohne Grund vom »modernen« Arbeitsglauben. »Modern« ist dieser Glaube insofern, als die Gleichsetzung von Leistung mit Erwerbsarbeit eine gesellschaftliche Konstruktion der Moderne ist. Was heute als Sinn und Selbstzweck des Lebens gilt, war in früheren Zeitepochen verpönt. „Arbeit, die nicht Spaß macht, ist Schinderei“, schrieb Papst Stephan VI im Jahr 897. „Der

Mensch muß sich aber hüten, durch zu viel Arbeit seinen Leib zu töten“ sagte Hildegard von Bingen (1098-1179). Auch Goethe, der von vielen Bildungsbürger, die sich selbst als Leistungsträger sehen, gern zitiert wird, bemerkte vor gut 200 Jahren: „Die meisten verarbeiten den größten Teil der Zeit, um zu leben, und das bißchen, was ihnen von Freiheit übrig bleibt, ängstigt sie so, daß sie alle Mittel aufsuchen, um es loszuwerden“ (vgl. Schneider 2004, S. 129-132). Mehr als 2000 Jahre früher, in der Antike, sah Aristoteles die Arbeit ebenfalls nicht als Mittel der Selbstverwirklichung. In seiner *Nikomachischen Ethik* äußert er seine Geringschätzung der Arbeit. Diese sei Domäne der Unfreien, der Sklaven und Handwerker. Wirkliche Freiheit hingegen „erfüllt sich im Engagement fürs Allgemeine, ist Leben im Geist der praktischen oder der theoretischen Vernunft. [...] Arbeit [in vormodernen Zeiten] ist minderwertig in erster Linie nicht, weil Sklaven sie versehen, sondern weil ihr Vollzug als minderwertig, als versklavend gilt, wird sie zur Domäne der Recht- und Stimmlosen“ (Aristoteles zitiert nach Engler 2005, S. 31-32).

Vom »Arbeitsglauben« spricht Engler (2005, S. 24-25) insofern, als die Gesellschaft in der konstruierten, fast schon religiös verkündeten „Überzeugung lebt, daß Arbeiten und Menschsein ineinandergreifen wie die Glieder einer logischen Figur, wie Schluß und Rückschluß, wird die Arbeitsgesellschaft mit allen nur erdenklichen Methoden verteidigt und kein Zwangsmittel verschmäht, dass ihre Arbeit sicherstellt. Sofern und solange sich soziale Ordnung und Arbeit wechselseitig vertreten, steht das Leben ohne Arbeit für Regellosigkeit, Schmarotzertum.“ Für viele Menschen ist es zur Selbstverständlichkeit geworden, ihre besten Jahre der Erwerbsarbeit zu widmen. Der kollektive Glaube an die sinnstiftende Identität, die Arbeit verspricht, verbindet Menschen in ihrem traditionellen Arbeitsethos. Gerade dieses Arbeitsethos, der Glaube an die Erwerbsarbeit als Quelle von Anerkennung, Status, Einkommen und Lebenssinn ist es, was unsere Arbeitsgesellschaft prägt, wie Kerber (2002, S. 69) darlegt: „Die westliche Zivilisation hat die Gesellschaft allein auf Arbeit aufgebaut. Arbeit ist es, die Sinn stiftet und Identität. Wer ohne Arbeit ist, fühlt sich wert- und nutzlos. Es ist das Ethos unserer Arbeitsgesellschaft, dass sich die Menschen so sehr an ihre Erwerbsarbeit klammern lässt.“ Die Verlustangst ist es, die es den Menschen so schwer macht, die neue Alltagskultur von diskontinuierlich werdenden Lebensverläufen anzuerkennen. Sie erschwert es, neue potenzielle Freiheiten im Zustand der Erwerbsarbeitslosigkeit zu suchen und ggf. anderen Arten der Arbeit im kulturellen oder sozialen Bereich nachzugehen.

Kurzum: Wir sind Gefangene unseres Arbeitsethos. Das radikale Umdenken weg von der Arbeit, hin zu einer neuen Gesellschaftsordnung von multiplen, gleichwertig zu schätzenden Aktivitäten, erzeugt Angst. Es führt zu Unsicherheit, denn es erschüttert das Fundament unserer Arbeitsgesellschaft. Erwerbsarbeit verliert ihre prägende Kraft, ihre lebensbestimmende Macht, wenn mehr und mehr Menschen sich von ihr verabschieden – oder zwangsweise, durch Arbeitsplatzverlust, verabschiedet werden. Durchgehende Arbeit von der Lehre oder dem Studienabschluss bis zur Rente gehört für die meisten Menschen, insbesondere die unter 30-Jährigen, der Vergangenheit an. Jobhopping, Projektarbeit und befristete Beschäftigungsverhältnisse nehmen zu. Damit korrespondiert die Angst vor der ungewissen Zukunft. Der Angst gelte es aber, so André Gorz, nicht mit Resignation zu begegnen, sondern mit einer Umverteilung der Arbeit, einer Wiederanerkennung alternativen Arbeitens und einer Wiederaneignung der Zeit. Die „Gestalt der prekär Beschäftigten gilt es anzuerkennen und zu zivilisieren. Statt als minderwertig, unsicher uns aufgezwungen zu gelten, muß diskontinuierliches Arbeiten zu einem wünschenswerten, sozial abgesicherten

Recht werden, zu einer gesellschaftlich geachteten Form menschlicher Vielseitigkeit, zu einer Quelle selbstständiger Alltagskultur und neuer Gesellschaftlichkeit“ (ebd., 2000, S. 77-78). Hier könnte das bedingungslose Grundeinkommen einen Beitrag leisten.

Die historische Entwicklung des Grundeinkommens

In ihrem Buch *Ein Grundeinkommen für alle?* (2015, S. 15 ff.) zeichnen Yannick Vanderborght und Philippe Van Parijs die historischen Vorläufer der Grundeinkommensdebatte nach. Ihnen zufolge finden sich zum bedingungslosen Grundeinkommen vor allem drei Wurzeln: Die Idee eines Minimaleinkommens findet sich in der Literatur zum ersten Mal zu Beginn des 16. Jahrhunderts bei Thomas Morus (1516) und Johannes Vives (1526). Weitergedacht wird die Idee zum Ende des 18. Jahrhunderts von Thomas Paine (1796) und Thomas Spencer (1797). Vom bedingungslosen Grundeinkommen für alle Menschen ist zum ersten Mal im Jahr 1803 beim „utopischen Sozialisten“ Charles Fourier zu lesen. Weiterverbreitet und weitergedacht wird die Idee von Joseph Charlier (1848). Die Idee eines staatlich garantierten Minimaleinkommens ist deutlich älter als der wesentlich radikalere Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens. Zum ersten Mal findet sich ein solcher Vorschlag in dem 1516 geschriebenen Werk *Utopia* von Thomas Morus. Darin überzeugt der Reisende Raphael den Erzbischof von Canterbury von den Vorteilen eines Minimaleinkommens. Dieses sei zur Verbrechensbekämpfung wesentlich effektiver als die Todesstrafe, da diese die verarmte und hungernde Bevölkerung vom Nahrungsdiebstahl nicht abhalten könne. Es wäre zweckmäßig und würde die Gesellschaft mehr stabilisieren, wenn man den Ärmsten ein minimales Einkommen zukommen ließe, anstatt sie aufzuhängen (Morus 1516 in Vanderborght und Van Parijs 2005, S. 15-16). Johannes Vives greift den Vorschlag von Morus 1526 auf und fordert die Einführung einer öffentlichen, behördlichen Armenfürsorge. Er begründet die Notwendigkeit eines Mindesteinkommens mit der christlich-jüdischen Pflicht zur Nächstenliebe. Außerdem sei die öffentliche Fürsorge weitaus effizienter als private Armenunterstützung, weil die Hilfeleistung gezielt den wirklich Bedürftigen zukommen könnte, die im Gegenzug dafür Arbeitsleistungen in der Gemeinde erbringen müssten. Wer hingegen nicht arbeite, der solle auch nichts essen. „Kein Bedürftiger, der aufgrund seines Alters und seiner Gesundheit arbeiten kann, darf untätig bleiben“ (Vives 1526 in Vanderborght und Van Parijs 2005, S. 16).

In den darauf folgenden Jahrzehnten führten zahlreiche Gemeinden in Europa die kommunale Armenfürsorge ein, so etwa 1531 die Niederlande, 1579 Schottland und 1601 England. Die Fürsorgeleistungen wurden dabei in Geld oder Sachleistungen ausgezahlt und waren mit Arbeitsverpflichtungen für die Kommune verbunden. 1796 veröffentlicht Thomas Paine sein Werk *Agrarische Gerechtigkeit*, worin er postuliert, dass ein Mindesteinkommen nicht nur etwas mit Barmherzigkeit zu tun habe, sondern schlicht den Gerechtigkeitserfordernissen entspreche. Die Erde gehöre der gesamten Menschheit. Es sei demnach nur gerecht, wenn die Erträge der Erde gleichmäßig unter allen Bürgern verteilt würden. Allen Bürgern sei „mit ihrem 21. Geburtstag aus einem nationalen Fonds einen Beitrag von 15 Pfund Sterling [...] auszuzahlen. [...] Diese Leistungen kommen allen Bürgern, ob arm oder reich, zugute, weil alle Personen darauf gleichermaßen ein Anrecht besitzen, ungeachtet ihres selbst erarbeiteten, ererbten oder anderweitig geschaffenen Vermögens“ (Paine 1796 in Vanderborght und Van Parijs 2005, S. 21). Thomas Spencer erweitert diesen Vorschlag mit utopischen Visionen in seinem Werk *Die Rechte der Kinder* von 1797. Darin

heißt es: „Und was die überschüssigen Einnahmen nach Abzug aller öffentlichen Ausgaben betrifft, so sollen diese gerecht und in gleicher Höhe an alle lebenden Seelen der Gemeinde verteilt werden, egal ob sie männlichen oder weiblichen Geschlechts, verheiratet oder unverheiratet, ehelich oder unehelich, einen Tag alt oder schon im vorgerücktesten Alter sind. Es soll keinerlei Unterscheidung zwischen den Familien wohlhabender Bauern und Händler [...] und den Familien von Arbeitern und armen Handwerkern gemacht werden. [...] Unabhängig von seiner Höhe ist dieser Anteil an den überschüssigen Einnahmen das unveräußerliche Recht jedes Menschen in einer zivilisierten Gesellschaft und entspricht den natürlichen Komponenten des allen gemeinsamen Eigentums.“ (Spencer 1797 in ebd., S. 23).

Charles Fourier formuliert seine Forderung nach einer bedingungslosen Einkommensgarantie zunächst im Jahr 1803 aus der Überzeugung heraus, der Mensch habe ein Anrecht auf ein Mindestmaß an lebensnotwendiger Grundversorgung, weil durch die moderne Lebensform und durch den Besitz von Land die Grundrechte des freien Jagens, Fischens und Sammelns verletzt worden seien. 1836 präzisiert er seine Ansichten in seinem Werk *La fausse industrie*: „Das allererste Recht, das Recht, die Früchte der Natur zu ernten [...] entspricht einem Recht auf Nahrung, dem Recht zu essen, wenn man hungrig ist. In den zivilisierten Gesellschaften stellen die Philosophen dieses Recht in Abrede [...] Jesus Christus jedoch gewährt das Recht, sich das Notwendige zu besorgen, wenn man hungrig ist. Und dieses Recht verpflichtet die Gesellschaft dazu, die Grundversorgung des Volkes zu gewährleisten“ (Fourier 1836 in Vanderborght und Van Parijs 2005, S. 24). 1848 publiziert Joseph Charlier die *Lösung des Sozialproblems*. Auch er betont das Nutzungsrecht aller Menschen an den natürlichen Ressourcen, wogegen der private Grundbesitz verstoße. Der Staat allein solle Eigentümer von Grund und Boden sein und seinen Bürgern durch Bewirtschaftung und Erträge eine Bodendividende auszahlen. Auf die Kritik, diese Bodendividende sei eine »Einladung zum Nichtstun«, schreibt Charlier: „Die Müßiggänger müssen sich dann eben mit dem Lebensnotwendigen zufrieden geben. Die Pflicht der Gesellschaft besteht allein darin, dafür zu sorgen, dass jeder Einzelne in den Genuss jener Elemente kommt, die die Natur ihm zur Verfügung stellt, ohne dass anderen damit geschadet wird“ (Charlier 1894 in Vanderborght und Van Parijs 2005, S. 25). Forderungen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen finden sich im 19. Jahrhundert außerdem beim Ökonomen John Stuart Mill in seinem Werk *Grundzüge der politischen Ökonomie* (1848), beim Soziologen Herbert Spencer, beim Ökonomen Henry George und beim Begründer der mathematischen Wirtschaftswissenschaft, dem Franzosen Léon Walras.

Eine Kritik am bedingungslosen Grundeinkommen

Stellen wir uns vor, wir erhalten 1000 € monatlich als Grundeinkommen. Bedingungslos, ab sofort, ein Leben lang. Könnte das den Auftakt geben für eine Revolution im Denken und Handeln, wie Götz Werner meint? Wäre das Grundeinkommen ein probates Mittel zur Überwindung von Armut und sozialer Exklusion? Eher nicht. Das meint zumindest Mathias Greffrath: „Das Grundeinkommen würde zu einer Gesellschaft führen, die wir nicht wollen. [...] Nein, das wird keine freiere Gesellschaft. Die strukturelle Arbeitslosigkeit wird sich verschärfen, die ökonomische und politische Spaltung wird zunehmen“ (in der *tageszeitung* vom 01.12.06, S. 4). Warum aber vertritt Herr Greffrath diesen Standpunkt? Und warum zählen auch die Gewerkschaften zu den schärfsten Kritikern eines bedingungslosen Grundeinkommens? Zunächst einmal ist es so, dass ein Grund-

einkommen von 1000 € laut Greffrath gar nicht sonderlich revolutionär wäre im Vergleich zur bestehenden sozialen Sicherung. Von den 1000 € fielen etwa 200 € weg für die Krankenkasse, vielleicht 400 € für die Miete, blieben noch 400 €, also etwa das heutige ALG2-Niveau. Es würden zwar Verwaltungskosten gespart, an der kulturellen und sozialen Exklusion der Menschen, die allein das Grundeinkommen als Einkommensquelle hätten, würde sich gegenüber den heutigen ALG2-Empfängern allerdings nichts ändern. Die Menschen wären auch weiterhin stigmatisiert. „Wir haben eine kapitalistische Konsumgesellschaft, in der die Überflüssigen mit dem Grundeinkommen abgefunden werden. [...] Man lässt sie nicht verhungern, aber mehr haben wir ihnen nicht zu bieten. Das ist ein Begriff von Gesellschaft, der uns hinter die Aufklärung zurückführt“, erklärt der Kritiker Greffrath seinen Standpunkt. Hans Josef Luckroh, Leiter der Abteilung Sozialpolitik der IG Metall kritisiert das Grundeinkommen ebenfalls scharf. Er schreibt: „Das Grundeinkommen wäre die Kapitulation vor der Vorstellung, die Arbeitslosigkeit überhaupt bekämpfen zu können. Das Grundeinkommen würde Arbeit generell entwerten.“ Ferner bezeichnet er das Grundeinkommen als „Stilllegungsprämie“, die nicht dazu diene, „die Potenziale der Menschen zu fördern“ (in *der taz* vom 27.11.06, S. 5).

Dass die momentane Kopplung von Einkommen an Erwerbsarbeit allerdings gerade beim klassischen Hauptklientel der Gewerkschaften, bei den Arbeitern, noch viel weniger dazu geeignet ist, deren Potenzial zu fördern, wird mit keinem Wort erwähnt. Sicher gibt es diverse gut bezahlte, attraktive Arbeitsstellen vor allem in der exportorientierten Auto- und Chemie-Industrie sowie im öffentlichen Dienst. Inwieweit es allerdings geeignet ist, sich die eigenen Potenziale zu erschließen, wenn man nicht dort tätig ist, sondern z. B. über eine Zeitarbeitsfirma angestellt in der Fabrik Marmeladengläser in Kartons verpackt, Toiletten gereinigt, Autos wäscht oder Pakete ausliefert, erscheint wenig ersichtlich. Wie schon dargelegt, gibt es eine Unmenge an Jobs, die wenig geeignet sind, die Potenziale der Menschen zu fördern. Auch die Kritik, dass das Grundeinkommen Arbeit entwerten würde, erscheint disputabel. Denn entwertet wird die Arbeit bereits seit über 30 Jahren. Spätestens mit Ende des Fordismus in den 70er Jahren und durch die Hinwendung zur neoliberalen Angebotspolitik wird die Arbeit immer weniger entlohnt. Die realen Nettolöhne sind seit 15 Jahren gesunken. Immer mehr Arbeitsplätze werden ins Ausland verlagert, weil die Arbeit von hiesigen Wirtschaftsführern als zu teuer beurteilt wird. Wer manuelle, repetitive, einfach standardisierbare Arbeiten in Deutschland verrichten lässt, ist auf dem Weltmarkt zunehmend nicht länger wettbewerbsfähig. Das von Götz Werner präferierte Modell der Abschaffung der Lohnnebenkosten durch alleinige Besteuerung des Konsums könnte wieder dazu führen, die Arbeit aufzuwerten. Die erwerbsarbeitenden Menschen würden, so ist zu vermuten, tatsächlich wieder höher entlohnt werden. Denn es gibt schließlich diverse Billig-Jobs, gerade im Dienstleistungssektor, die sich *nicht* ins Ausland verlagern lassen. Die Toiletten, Autos und Büros müssen vor Ort geputzt werden – und nicht in China. Dass das Grundeinkommen gerade von Gewerkschaften heftig kritisiert wird, verwundert allerdings nicht. Die Gewerkschaften würden durch die Einführung eines Grundeinkommens - und die damit zumindest im Ansatz eingeleitete Entkoppelung von Lohn und Arbeit - wahrscheinlich weiter an Bedeutung verlieren. Sie würden einen noch massiveren Machtverlust erfahren, als es momentan aufgrund der Entwertung der Arbeit durch Billiglohnkonkurrenz, durch das Erstarken der *Share-* und *Plattform-*Ökonomie sowie durch den bei Zeitarbeitskräften und befristet tätigen Menschen geringen Organisationsgrad ohnehin schon der Fall ist. Joachim Hirsch kritisiert in seinem Artikel *Zukunft der Arbeitsgesellschaft* (in Krebs u. Rein 2000,

S. 161) die potenziell ambivalente Wirkung der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Einerseits könne dieses ermöglichen, Arbeitszwang und Arbeitsdisziplin zu verringern. Es könne Raum schaffen für selbstbestimmte Tätigkeiten. Andererseits aber könne die lohnarbeitsunabhängige Grundsicherung ebenfalls dazu dienen, „den ohnehin stattfindenden Prozess der Ausdehnung niedrig und nicht bezahlter Dienstleistungs- und Subsistenzarbeit zu unterstützen und damit die laufenden Marginalisierungs- und Spaltungsprozesse durch Schaffung entsprechender institutioneller Formen weiter voranzutreiben“, wenn Arbeitgeber niedrigste Löhne zahlen und ihre Angestellten auf das Grundeinkommen verweisen, mit dem sie das spärliche Gehalt ja aufstocken. Dass es zu einer Aufwertung der Arbeit komme, wie viele Befürworter des bedingungslosen Grundeinkommens erwarten, sei, so Hirsch, mitnichten klar. Auch das Gegenteil könne eintreten. Insgesamt kritisiert Hirsch die Simplifizierung der möglichen Wirkung eines Grundeinkommens. Überlegungen dergestalt, es würde durch die Einführung des Grundeinkommens eine völlig neue Gesellschaft von in Freiheit tätigen Menschen entstehen, die angetrieben durch ihr soziales Engagement kreativ und leistungsbereit, frei von jeglicher Verpflichtung mit anderen für andere handeln, sei nichts als eine schlechte Utopie. Um eine solche Gesellschaft tatsächlich Realität werden zu lassen, bedürfte es, so Hirsch (ebd., S. 161), deutlich mehr als der Einführung eines Grundeinkommens. Es müsse bedacht werden, dass die Realisierung einer neuen Gesellschaft „sehr weitgehende, im strikten Sinne revolutionäre Veränderungen voraussetzt, die bis in die Psyche der Menschen und ihre alltäglichen Lebensverhältnisse, ihre sozialen Beziehungs-, Arbeits- und Konsumformen reiche.“ Dieser Kritik schließt sich auch Wolfgang Engler an, der durchaus ein Befürworter des Grundeinkommens ist. Er erklärt:

„Ich teile die naive, optimistische Anthropologie von Götz Werner nicht, der sagt: Befreien wir die Hartz-IV-Empfänger vom Arbeitszwang und schauen was passiert.“ (in der *tageszeitung* vom 01.12.06, S. 4). Es reiche, so Engler, eben keineswegs aus, einfach nur ein Grundeinkommen einzuführen und dann auf die Entfaltung des sozialen Engagements der Menschen zu hoffen. Plakativ gesagt: Einfach nur Geld zu geben ist nicht genug. Das Grundeinkommen sei, so Engler, nur ein Schritt von vielen auf dem Weg zur angestrebten Revolution im Denken. Entscheidend sei ebenfalls, „Menschen so auszubilden, dass sie mit einem Grundeinkommen etwas für ihr Leben anzufangen wissen. In Kitas, Schulen, Familien und weiterbildenden Einrichtungen müssten Menschen für mehrere Existenzformen präpariert werden. [...] Bildungsbemühungen müssen die Voraussetzung für das Grundeinkommen sein“ (Engler in ebd., S. 4). Tatsache ist, dass das bedingungslose Grundeinkommen in der öffentlichen Debatte, so sie denn stattfindet, häufiger kritisiert wird, als dass es als mögliche Lösung des Problems des Endes der Arbeitsgesellschaft verteidigt wird. Von verschiedensten Seiten, von links über liberal bis konservativ und rechts, wird der Idee eines Grundeinkommens überwiegend ablehnend gegenübergestanden. Franz Müntefering lehnte das Grundeinkommen in einem Interview als nicht konsensfähig und nicht umsetzbar ab. Ronald Pofalla hält das Grundeinkommensmodell von Dieter Althaus zwar für faszinierend, warnt aber davor, dass es dazu führen könne, dass Menschen sich aus der Arbeitsgesellschaft zurückzögen. Dass Herr Pofalla hierbei Arbeit mit Erwerbsarbeit gleichsetzt, ist evident. Auch Reinhard Bütikofer äußerte sich Anfang Dezember auf dem Parteitag der Grünen skeptisch gegenüber dem Grundeinkommen. Man wolle, so meinte er, vielmehr auf eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung setzen, bei der die Leistungen gerecht nach den jeweiligen Bedürfnissen verteilt werden. Was die politische Führungsriege angeht, ist das bedingungslose Grundeinkommen unpopulär.

Propagiert wird es eher von Aktivisten aus der Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Doch zu glauben, dass eine Mehrheit der deutschen „Wissenselite“ aus Soziologie, Ökonomie und Kultur für ein bedingungsloses Grundeinkommen sei, ist illusorisch. Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine Nischen-Idee. Der Einwände gegen das Grundeinkommen gibt es viele. Etwa den, dass ein allein über den Konsum finanziertes Grundeinkommen zu einer explosionsartigen Verteuerung von Produkten und Dienstleistungen führen. Wenn alle Menschen im Land plötzlich z. B. 1200 Euro ohne jede Gegenleistung erhielten, würden die Händler einfach alle Produkte von einem Tag auf den anderen verteuern, so das Argument. In Konsequenz würde dies dann einem massiven Einkaufstourismus im Ausland (etwa via Internet) Tür und Tor öffnen, wie man ihn an der Grenze von Deutschland zur Schweiz schon heute beobachten kann.

Steuergelder, die die Finanzierung des Grundeinkommens benötigt werden, würden dem Fiskus entzogen. Die Lebenshaltungskosten würden steigen, die Leistungsbereitschaft würde durch den Wegfall des Arbeitszwangs einbrechen, die Menschen würden sich weniger engagieren. Eine Unkultur der Faulheit würde entstehen. Angeblich. Doch entspricht das der Realität? Wartet das Gros der Menschen tatsächlich nur darauf, finanziell abgesichert den Rest des Lebens vorm Fernseher verbringen zu dürfen? Diese Fragen scheint sich auch die kanadische Regierung in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts gestellt zu haben. Mithilfe des *Manitoba Basic Annual Income Experiment*, kurz *Mincome*, sollte in der kanadischen Provinz Manitoba untersucht werden, welche ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen ein bedingungsloses Grundeinkommen hätte. Von 1975 bis 1979 erhielten daher etwa 1300 repräsentativ ausgesuchte Familien ein bedingungsloses Grundeinkommen von bis zu 5800 Dollar pro Jahr. Das Experiment führte zum Ergebnis, dass trotz des Grundeinkommens die reguläre Erwerbsarbeit kaum reduziert wurde. Die Männer reduzierten ihre Arbeit im Durchschnitt um 1 %, Frauen um 3 %, wie Hum & Simpsons (1993) darlegen: „The preponderance of evidence from the experiments testifies for those who would argue that a guaranteed income plan, or indeed other changes in social policy which alter the tax rate and transfer income received by households, will not have large work disincentives“. Es traf also nicht zu, dass die Menschen durch das Grundeinkommen zum Ausstieg aus dem Arbeitsleben animiert wurden. Natürlich steht außer Frage, dass die Erfahrungen dieser kanadischen Provinz in den 70er Jahren keine repräsentativen Rückschlüsse auf die Bundesrepublik Deutschland heutzutage zulassen. Das schon deshalb nicht, weil 5800 Dollar es niemandem ermöglichen, keiner Erwerbsarbeit mehr nachzugehen. Von dieser Summe allein kann kein Mensch den Lebensunterhalt bestreiten. Dennoch sollten die Ergebnisse des Manitoba-Experiments die derzeit einflussreichen Politiker zumindest anregen, ihre Skepsis zu überdenken. Ein Grundeinkommen bedeutet nicht per se das Ende der Arbeit. Es bedeutet keinesfalls, dass kollektiv einer Kultur des „Nichts-Tuns“ gefrönt würde.

Das Grundeinkommen aus sozialarbeiterischer Sicht

Erwerbsarbeitslose haben es nicht leicht, denn die Arbeitslosigkeit ist ein Dilemma in doppelter Hinsicht. Selbst in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit wird der Verlust des Arbeitsplatzes von vielen Menschen als individuelles Versagen angesehen, nicht als gesellschaftliches Problem. Die Verantwortung wird allein dem Individuum, der eigenen Unfähigkeit, Leistungsverweigerung und mangelnder Flexibilität, zugesprochen. Neben der sozialen Exklusion, die mit dem Verlust des Arbeitsplatzes und dem damit verbundenen Wegfall des finanziellen Auskommens oft einhergeht, finden

sich Arbeitslose häufig in der Situation, ihre Arbeitslosigkeit und den daraus resultierenden Gemütszustand rechtfertigen zu müssen. *Du bist ohne Arbeit? Dann hat es dir schlecht zu gehen. Aber nicht zu schlecht!* Erwerbsarbeitslose leben häufig von staatlichen Transferleistungen. Sie sind abhängig, die Gemeinschaft kommt über Steuern für sie auf. Sich jetzt über die eigene Situation und das geringe finanzielle Auskommen zu beschweren, könnte als Undankbarkeit gegenüber der Gesellschaft ausgelegt werden. Also sich besser nicht beschweren – bei wem auch? Arbeitslose finden selten Gehör. Andererseits besteht das Problem, dass man nicht den Eindruck erwecken darf, es ginge einem gut, man sei gar einigermaßen zufrieden, wenn man erwerbsarbeitslos ist. Denn eine solche Einstellung wäre, ganz wie zu lautes Wehklagen, ein Affront gegen die Gesellschaft. Kaum etwas provoziert die arbeitende Bevölkerung so sehr wie zufriedene Arbeitslose. Man hat als Bezieher von Transferzahlungen nicht zufrieden oder gar glücklich zu sein. Man lebt schließlich auf Kosten anderer. Ein schlechtes Gewissen ist das mindeste, was man da erwarten kann – so die Mehrheitsüberzeugung. Es hat einem schlecht zu gehen. Aber, wie gesagt: Nicht zu schlecht (vgl. Kerber 2002, S. 72).

Dass viele Kunden das metaphorische Glase eher als halb leer denn als halb voll bezeichnen, lässt sich indirekt auch daraus ableiten, dass psychische Erkrankungen wie Depressionen unter Langzeitarbeitslosen weit verbreitet seien. Dies schafft kaum überwindbare Probleme, weshalb es nicht verwunderlich ist, dass psychische Probleme bei Erwerbsarbeitslosen stark zunehmen. Viele Erwerbslose „verfallen in Depressionen, weil der Verlust des Arbeitsplatzes sie in eine Sinnkrise stürzt, sie in eine Leere fallen lässt, sie nichts mit sich anzufangen wissen. [...] In einer Gesellschaft, in der Arbeit als Gradmesser der sozialen Existenz gilt, haben Arbeitslose einen schweren Stand“ (Kerber 2002, S 119; vgl. auch DGB 2010). In seinem Buch *Verworfenes Leben* beschreibt der Soziologe Zygmunt Bauman (2005, S. 19) den Wert der Arbeit für die gesellschaftliche Ordnung wie folgt: „Die gängige Vorstellung von Arbeitslosigkeit erhält ihr semantisches Gewicht aus der Selbstwahrnehmung einer Gesellschaft, die ihre Mitglieder vor allem als produktiv tätige Wesen verstand; Vollbeschäftigung war höchster Daseinszweck. Die Erwerbstätigkeit war in dieser Gesellschaft deshalb auch ein Schlüssel - der Schlüssel - für die (gleichzeitige) Lösung einer Reihe von Problemen.“ Man beachte die keinesfalls willkürlich gesetzte Vergangenheitsform des obigen Zitats. Erwerbstätigkeit »war« ein gesellschaftlicher Schlüssel. Sie »ist« es nicht mehr, jedenfalls nicht in dem Maße wie bisher - und das mit gutem Grund. Verlieren mehr und mehr Menschen ihre Arbeit und die damit verbundenen Rechte und Privilegien, dann verliert die Arbeit zwangsläufig ihre bisherige Prägekraft. Die Erwerbsarbeit kann nicht länger Identität stiften für eine wachsende Zahl an Menschen, die von dieser ausgeschlossen sind.

Wird die Zahl der Transferleistungsempfänger größer, die der Erwerbstätigen hingegen immer kleiner, wie seit Jahren der Fall, und wird dennoch immer weiter an der bestehenden Koppelung von Einkommen und Erwerbsarbeit festgehalten, dann führt das unweigerlich zu sozialen Spannungen und Konflikten. Dann ist Erwerbslosigkeit ein gesellschaftliches Problem. Wenn also Erwerbslosigkeit ein gesellschaftliches Problem ist, dann ist sie Bearbeitungsgegenstand der Sozialen Arbeit. Der Grund dafür findet sich bereits in deren Gegenstandsbestimmung, welche die Bearbeitung gesellschaftlicher und professionell als relevant angesehener Problemlagen als professionseigene Aufgabe definiert (vgl. Klüsche 1999, S. 18). Die Tatsache, dass unser Wirtschaftssystem gesellschaftliche Probleme erzeugt, ist offenkundig. Arbeitslosigkeit ist eben nicht nur ein

individuelles Problem, wie mancher Politiker es uns mit plakativem Populismus noch immer gerne weismachen möchte. Man bedenke in diesem Zusammenhang die unlängst erfolgte Äußerung des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck einem Arbeitslosen gegenüber, dieser solle sich doch einmal waschen und die Haare schneiden, dann fände er sicher auch einen Job. In der Tat: Bei vier Millionen Arbeitslosen sollte einmal Duschen schon ausreichen. Wenn es nur so einfach wäre. Für das Individuum bedeutet die Erwerbsarbeitslosigkeit häufig einen Verlust an sinnstiftender Identität und finanzieller Absicherung. Gesamtgesellschaftlich bedeutet Erwerbsarbeitslosigkeit jedoch noch mehr, nämlich die Gefährdung des sozialen Friedens. Erwerbsarbeitslosigkeit bedeutet Exklusion – nicht nur finanziell, sondern häufig in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Soziale, kulturelle und finanzielle Verarmung, gesellschaftliche Ausgrenzung. Kurz: Daseinsentwertung. „In einer Gesellschaft, der die Arbeit auszugehen droht, muss es uns allerdings gelingen, Arbeitslosigkeit als berechtigte Daseinsform anzuerkennen“, schildert Kerber (2002, S. 119) daher.

Das bedingungslose Grundeinkommen, das eine Entkoppelung von Arbeit und Einkommen vorsieht, könnte ein erster Schritt auf diesem zweifellos langen Weg sein. Das Grundeinkommen könnte einer der Schlüssel sein, von denen Zygmunt Bauman spricht. Eine neue Möglichkeit, die gesellschaftlichen Probleme in Angriff zu nehmen. Die Hoffnung auf eine neue Multiaktivitätsgesellschaft. Das bedingungslose Grundeinkommen zielt auf die Inklusion von Menschen in die Gesellschaft, auf die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe. Soziale Arbeit tut dies auch. „Sozialpädagogisches Handeln zielt auf Integration von Menschen in belasteten Lebenslagen, die in Gesellschaft und Gemeinschaft an den Rand gedrängt oder gar ausgegrenzt werden“ (Treptow & Hörster 1999, S. 9). Das bedingungslose Grundeinkommen könnte die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen Soziale Arbeit geleistet wird, radikal verändern. Durch die Aufwertung bisher nicht entlohnter Tätigkeiten und durch die Möglichkeit, dank finanzieller Grundsicherung ein Leben unabhängig vom Arbeitszwang führen zu können, böte sich ein multiples Spektrum an Möglichkeiten der selbstbestimmten Lebensgestaltung. Die Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens würde es erleichtern, einen Klienten bei seiner Problemlösung sowie bei der Suche und Umsetzung der eigenen - wirklich von ihm gewollten - Ziele zu unterstützen. Der Klient hätte die Sicherheit, vielleicht im Beruf oder bei welcher Aktivität auch immer scheitern zu können, deshalb sozial aber nicht scheitern zu müssen.

Das Grundeinkommen böte das Sicherungsnetz einer menschenwürdigen Existenz, unabhängig von sonstigen Misserfolgen. Das Grundeinkommen böte der Sozialen Arbeit mehr Handlungsspielraum, die Menschen bei ihrer Anpassung an die sich wandelnden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu unterstützen. Die Soziale Arbeit muss sich, so Wilhelm Klüsche (1999, S. 101-102), auseinandersetzen mit den „Tendenzen von Individualisierung und damit auch gesellschaftlicher Entstrukturierung und Enttraditionalisierung“, mit der „Herauslösung der Individuen aus bisherigen gemeinschaftlich-normativen Bindungen“ und dem Entstehen „neuer Orientierungen und Möglichkeiten in Bezug auf die Lebensgestaltung.“ In Beratungsgesprächen böten sich neue Möglichkeiten, gemeinsam mit dem Klienten Wege zu finden für eine andere, dem eigenen Verständnis des Klienten eher entsprechende, sinnstiftende Lebensgestaltung. Das bedingungslose Grundeinkommen würde es der Sozialen Arbeit erleichtern, dem Klienten dabei zu helfen, die Pluralisierung von Lebenswelten nicht primär als unsicherheitsstiftende Bedrohung zu erachten, sondern als eine echte Chance. Und vor dem Hintergrund finanzieller und sozialer Absicherung

durch ein Grundeinkommen fiele es deutlich leichter, gemeinsam mit Klienten neue Lebensperspektiven zu erarbeiten, die wirklich durch Eigenverantwortung sowie Selbstbestimmung geprägte sein können – ohne Scham, Abwertung und soziale Kontrolle.

Es soll hier aber kein falscher Eindruck erweckt werden. So wie eben geschildert, nämlich personenzentriert und lebensweltorientiert, wird bereits heute in der Sozialen Arbeit verfahren. Die Erarbeitung selbstbestimmter Lebensperspektiven von Klienten durch Klienten ist bereits jetzt Bestandteil Sozialer Arbeit. Das würde nicht durch ein Grundeinkommen revolutioniert. Das Grundeinkommen könnte aber die Rahmenbedingungen verändern, unter denen sich die (Soziale) Arbeit vollzöge. Der fast schon erdrückende gesellschaftliche Zwang, einer normierten, entlohnten Erwerbstätigkeit nachzugehen - sei diese noch so krankmachend, sinnlos und entfremdend - würde durch ein Einkommen unabhängig von Erwerbsarbeit zumindest entschärft, wenn auch noch lange nicht aufgehoben. Allein durch die Gewissheit, nicht mehr jede noch so stumpfsinnige Arbeit annehmen zu müssen, um ja nicht noch mehr der ohnehin schon mageren staatlichen Transferleistungen einzubüßen, erführen soziale, familiäre und kulturelle Tätigkeiten eine gesellschaftliche Aufwertung. Der ökonomische Wert dieser Tätigkeiten wäre zumindest ein wenig stärker ausgewiesen. Denn Kindererziehung, Kinderbetreuung, Haushaltsführung, soziales und ehrenamtliches Engagement *sind* ökonomisch wertvoll. Sie sind hochgradig bedeutsam, ja systemrelevant. Das Grundeinkommen würde dem mehr Rechnung tragen. „Es ginge darum, unsichtbare Arbeit sichtbar zu machen, anstatt sie als Nicht-Arbeit im Sinne von sozialer Existenz zu interpretieren. Wir würden denjenigen, die Hausarbeit leisten, den Status zusprechen, der gesellschaftlich mit der Ausübung einer Lohnarbeit verbunden wird“, beschreibt das die *Frauengruppe Glanz der Metropole* (in Krebs & Rein 2000, S. 103). Das bedingungslose Grundeinkommen wäre natürlich noch lange kein Garant dafür, dass ein Großteil der gesellschaftlichen Probleme in absehbarer Zeit gelöst würden. Aber es böte eine Chance für die Soziale Arbeit. Längst nicht immer, aber doch häufig, entstehen soziale Probleme aus materieller Deprivation. Zumindest diese könnte dank der finanziellen Absicherung ohne Bedürftigkeitsprüfung durch das Grundeinkommen beseitigt werden. Es könnte, so die Hoffnung, eine Gesellschaft entstehen, „die eine Renaissance von Eigenarbeit, Tauscharbeit sowie Nachbarschaftshilfe erlebt, weil es Geld spart, neue Sinnquellen erschließt und persönliche Beziehungen zu anderen stärkt“ (Kerber 2002, S. 221).

Fazit – Sei selbst die Veränderung, die du sehen willst

Das bedingungslose Grundeinkommen, lässt es sich umsetzen oder bleibt es Utopie? Und nebenbei: Warum sollten gerade wir eintreten für ein bedingungsloses Grundeinkommen? Ist das nicht Sache der Politik? Und wer ist überhaupt gemeint mit »wir«? Ganz einfach: Das *wir* ist Ausdruck kollektiver Unbestimmtheit. Es gestattet jedem und jeder, der oder die sich der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens verbunden fühlt, die Idee mit anderen zu teilen, sich darüber zu informieren, wiederum andere zu informieren und zur Verbreitung der Idee beizutragen. Eines steht jedenfalls fest: Verlassen wir uns in untertägiger Überzeugung allein auf die Politik in der Annahme, die würde schon irgendwann merken, dass es so nicht weitergehen könne, sind wir verlassen. Die Gesellschaft sind *wir*. Wenn Franz Müntefering behauptet, das Grundeinkommen sei nicht finanzierbar, dann ist das zu hinterfragen. Benediktus Hardorp hat es getan. Er hat vorgerechnet, dass das Model des Götz Werner finanzierbar wäre. Gleiches gilt für das Model von

Dieter Althaus, wie die Konrad Adenauer Stiftung nachgerechnet hat. Die Möglichkeit einer Realisierung der Idee des Grundeinkommens ist da, doch es fehlt die Bereitschaft, zumindest auf der Ebene der politischen Entscheidungsträger. Der Staat verfügt heute über „die notwendigen Instrumentarien, um den beherrschenden Einfluß des entterritorialisierten Kapitals zu beschränken, wachsende Handlungsspielräume zurückzugewinnen und die grundlegenden ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Transformationen zur Überwindung der Lohngesellschaft in Anspruch zu nehmen. Es fehlt einzig am politischen Willen“, konstatiert Gorz (2000, S. 35).

Der Wille der Veränderung muss daher aus einer anderen Richtung, aus anderen Kreisen der Gesellschaft, kommen. Er muss so stark und mit Nachdruck kommen, dass die politisch Mächtigen ihn nicht weiter ignorieren können. Und er kommt. Gerade junge Menschen sehen immer weniger eine identitätsstiftende Funktion in ihrer Erwerbsarbeit. „Der Arbeitsplatz wird abstrakt und anonym, man sieht das Ergebnis nicht mehr, und die Angestellten ziehen keinen Stolz mehr daraus“ (ebd., S. 89). Ferner trägt gerade die momentane Sozialpolitik ihren Teil dazu bei, einen Großteil der Menschen wieder empfänglich zu machen für alternative Gesellschaftsmodelle. Denn historisch gewachsene und erkämpfte Rechte werden momentan wieder verstärkt dem Diktat der Wirtschaft unterworfen. Dabei gefährden die „Reformen“ des Sozialstaats langfristig nicht nur die soziale Absicherung von Millionen von Menschen, sondern auch den sozialen Frieden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Heribert Prantl schreibt in *Kein schöner Land* (2005, S. 200), die Politik könne sich bei den sozialstaatlichen Reformen nicht benehmen wie „ein täppischer Handwerker bei der Reparatur eines wackligen Tisches, der erst von einem Tischbein und dann von einem anderen ein Stück absägt, bis die Sägerei rundum kein Ende mehr nimmt. Der Tisch bleibt wackelig, aber seine Beine werden so kurz, daß er als Tisch nicht mehr taugt.“ Mit diesem Problem sehen wir uns in den kommenden Jahren und Jahrzehnten konfrontiert: Der metaphorische Tisch taugt immer weniger. Er taugt allerdings nicht mehr aus dem Grund nicht, dass nicht mehr genug Geld da ist. Geld ist da, es ist allein die Kopplung der sozialen Sicherung an das Primat der Erwerbsarbeit, die uns die dringende Notwendigkeit des Umdenkens in Fragen der sozialen Sicherung und sozialen Gerechtigkeit vor Augen führt. Die neoliberale Ausrichtung in Politik und Wirtschaft, die in der Mitte der 70er Jahre begann und bis heute andauert, wird von vielen Politikern als unumgänglich, als einziger Weg, bezeichnet. *There Is No Alternative!* – das meinen Politiker oft, wenn sie ihre Politik verteidigen. Es gibt aber sehr wohl eine Alternative. Immer. Zu allem. Sozialpolitik ist *nie* alternativlos. Die Menschen können sich entscheiden, etwas zu tun – oder es nicht zu tun.

Ökonomische Gesetzmäßigkeiten (oder auch nur Überzeugungen) werden allzu oft gleichgesetzt mit Naturgesetzen. Sie werden auf ein Podest unbedingter Erhabenheit erhoben. Doch sind ökonomische Gesetze denkbar ungeeignet - ja genauer gesagt überhaupt nicht geeignet - das soziale und kulturelle Zusammenleben von Menschen so zu regulieren, dass jedem und jeder ein Höchstmaß an sinnstiftender Identitätsbildung ermöglicht wird. Weder die Senkung von Löhnen, noch die Kürzung von Sozialleistungen, noch die steuerlichen Entlastungen der Wirtschaft werden langfristig etwas an der Tatsache ändern, dass Erwerbsarbeit nie wieder für alle Menschen verfügbar und selbstverständlich sein wird. Das führt die Notwendigkeit der Abkehr von der Lohnarbeitsgesellschaft vor Augen. Erwerbsarbeit kann nicht weiterhin die prägende Instanz des Selbstverständnisses für das Gros der Menschen sein, wenn immer mehr Menschen ihr nicht nachgehen können, dürfen oder wollen. Darum sollten wir uns einsetzen für die Einführung eines bedingungslosen

Grundeinkommens. Weil wir es können. Die Möglichkeit der Realisierung der Idee ist nicht länger eine Utopie wie bei Thomas Morus und Charles Fourier. Wir verfügen über die gesellschaftlichen, ökonomischen und finanziellen Voraussetzungen, die es ermöglichen würden, ein Grundeinkommen einzuführen. Es wäre finanzierbar. Auf etwa 720 Milliarden Euro belaufen sich die jährlichen staatlichen Transferleistungen, dabei fallen nochmals über 100 Milliarden Euro Verwaltungskosten an. „Wenn Sie beispielsweise diese circa 800 Milliarden Euro an die 80 Millionen Bundesbürger verteilen, könnte jeder über 830 Euro im Monat verfügen“, meint Hardorp (in Werner 2006, S. 52). Die Ressourcen sind vorhanden, es ist allein eine Frage des politischen Willens. Auf diesen können *wir* Einfluss nehmen. Durch die Verbreitung der Idee und durch Informationsaustausch. Das ist natürlich kein Garant für den Erfolg der Bestrebung. Aber zumindest erhöht sich durch jede Person, die sich an der Verbreitung der Idee beteiligt, die Chance, mehr Gehör zu finden bei jenen, die die Macht haben, politische Entscheidungen zu treffen. Und machen wir uns nichts vor: Wirklich nachhaltig Gehör auch fernab der politischen Avantgarde finden ohnehin nur Menschen, die die Welt verändern *wollen*. Sei selbst die Veränderung, die du in der Welt sehen willst, hat Mahatma Gandhi gesagt. Die Zeit, damit anzufangen, ist jetzt. Wir sollten sie nicht vertun.

Literatur

- Adam, Konrad: Warum soll ich für Sie bezahlen? In: Die Welt vom 20.05.2006. Abrufbar unter: <https://www.welt.de/print-welt/article218286/Warum-soll-ich-fuer-Sie-bezahlen.html> (aufgerufen am 10. 12.2010)
- Afheldt, Horst: Wirtschaft die arm macht. München 2005
- Afheldt, Horst: Wohlstand für niemand? München 1996
- Aristoteles: Nikomachische Ethik. In: Engler, Wolfgang: Bürger ohne Arbeit. Berlin 2005
- Baecker, Dirk (Hrsg.): Kapitalismus als Religion. Berlin 2004
- Bauman, Zygmunt: Verworfenes Leben. Bonn 2005
- Bell, Daniel. In: Schulze, Gerhard: Die Sünde. München und Wien 1976/2006
- Böhnke, Petra: Risiken sozialer Ausgrenzung. Opladen 2006
- Charlier, Joseph: Lösung des Sozialproblems (1848). In: Vanderborght, Yannick/Van Parijs, Philippe: Ein Grundeinkommen für alle? Frankfurt am Main 2005
- Chassé, Karl August: Unterschichten in Deutschland. Materialien zu einer kritischen Debatte. Wiesbaden 2010
- Deutscher Gewerkschaftsbund: Gesundheitsrisiko Arbeitslosigkeit - Wissensstand, Praxis und Anforderungen an eine arbeitsmarktintegrative Gesundheitsförderung. In: Arbeitsmarkt aktuell Nr. 09, 2010
- Engler, Wolfgang: Bürger, ohne Arbeit. Berlin 2005
- Engler, Wolfgang: Grundeinkommen; Das soziale Allheilmittel? In: Die *tageszeitung* vom 01.12.06
- Erhard, Ludwig: Wohlstand für Alle. Düsseldorf 1990
- Ford, Henry: Mein Leben und Werk. Leipzig 1923
- Fourier, Charles: La fausse industrie (1836). In: Vanderborght, Yannick/Van Parijs, Philippe: Ein Grundeinkommen für alle? Frankfurt am Main 2005
- Franklin, Benjamin (1770). In: Weber, Max: Schriften 1884-1922. Stuttgart 2002

Frauengruppe Glanz der Metropole: Strategie der Arbeitsverweigerung. In: Krebs, Hans Peter; Rein, Harald (Hrsg.): Existenzgeld. Münster 2000

Goehler, Adrienne: Verflüssigungen. Frankfurt am Main/New York 2006

Gorz, André: Arbeit zwischen Misere und Utopie. Frankfurt am Main 2000

Greffrath, Matthias: Grundeinkommen; Das soziale Allheilmittel? In: Die *tageszeitung* vom 01.12.06

Hardorp, Benediktus: Interview im Bankspiegel. In: Werner, Götz W.: Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen. Stuttgart 2006

Hirsch, Joachim: Zukunft der Arbeitsgesellschaft. In: Krebs, Hans Peter/Rein, Harald (Hrsg.): Existenzgeld. Münster 2000

Hum, Derek; Simpson, Wayne: Whatever happened to Canada's guaranteed income project? In: Canadian Public Administration, Vol. 36, N. 3, S. 442-450. Abrufbar unter: https://www.researchgate.net/publication/229451848_Whatever_happened_to_Canada's_guaranteed_income_project (aufgerufen am 10.12.2010)

Kerber, Bärbel: Die Arbeitsfalle. Berlin 2002

Klüsche, Wilhelm (Hrsg.): Ein Stück weitergedacht... .Freiburg 1999

Krebs, Hans Peter/Rein, Harald (Hrsg.): Existenzgeld. Münster 2000

Krugman, Paul: Schmalspurökonomie. Frankfurt/New York. 1998

List, Friedrich (1841). In: Prantl, Heribert: Kein schöner Land. München 2005

Luckroh, Hans Josef: Hartz IV löst nur Leid aus. In: Die *tageszeitung* vom 27.11.06

Morus, Thomas: Utopia (1516). In: Vanderborght, Yannick/Van Parijs, Philippe: Ein Grundeinkommen für alle? Frankfurt am Main 2005

Opaschowski, Horst: Feierabend? Opladen 1998

Paine, Thomas: Agrarische Gerechtigkeit (1796). In: Vanderborght, Yannick/Van Parijs, Philippe: Ein Grundeinkommen für alle? Frankfurt am Main 2005

Pech, Eberhard; Freude, Gabriele: Zusammenhang zwischen eingeschränktem Gesundheitszustand und Arbeitslosigkeit. In: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. 2010. Abrufbar unter: <https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Berichte/artikel22.html> (aufgerufen am 10.12.2010)

Pilz, Frank: Der Sozialstaat. Bonn 2004

Prantl, Heribert. Kein schöner Land. München 2005

Reiter, Karl auf www.dielinke.at (aufgerufen am 10.11.06)

Rentzsch, Anne: Polizei: Haben Anschlag auf Mohammed-Karikaturisten vereitelt. Artikel vom 19.02.2008 in DER STANDARD. Abrufbar unter: <https://www.derstandard.at/story/3222148/polizei-haben-anschlag-auf-mohammed-karikaturisten--vereitelt> (aufgerufen am 22.02.2008)

Rifkin, Jeremy: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt am Main 2004

Rifkin, Jeremy: Interview in der Stuttgarter Zeitung vom 29. April 2005. Abrufbar unter: <https://web.archive.org/web/20050503014620/http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/916564?seite=1> (aufgerufen am 22.05.2009)

Saul, John R.: Der Markt frißt seine Kinder. Frankfurt am Main 1997

Schneider, Wolfgang: Die Enzyklopädie der Faulheit. Frankfurt am Main 2004

Scholz, Rembrandt; Schulz, Anne: Zum Zusammenhang von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Lebenserwartung. In: DRV-Schriften Band 55/2007, S. 129-142.

Spencer, Thomas: Die Rechte der Kinder (1797). In: Vanderborght, Yannick/Van Parijs, Philippe: Ein Grundeinkommen für alle? Frankfurt am Main 2005

Treptow, Rainer / Hörster, Reinhard (Hrsg.): Sozialpädagogische Integration. Weinheim/München 1999

Vanderborght, Yannick/Van Parijs, Philippe: Ein Grundeinkommen für alle? Frankfurt am Main 2005

Vives, Johannes: De Subventione Pauperum (1526). In: Vanderborght, Yannick/Van Parijs, Philippe: Ein Grundeinkommen für alle? Frankfurt am Main 2005

Weber, Max: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus (1904). In: Weber, Max: Schriften 1894-1922. Stuttgart 2002

Werner, Götz W.: Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen. Stuttgart 2006

Werner, Götz W.: Hartz IV löst nur Leid aus. In: Die *tageszeitung* vom 27.11.06

Zick, Andreas.: Arbeitslos, nutzlos, abgewertet. Vorurteile gegenüber Arbeitslosen sind in Deutschland weit verbreitet. Bericht des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, März 2010. Abrufbar unter: <http://docplayer.org/25364484-Arbeitslos-nutzlos-abgewertet-vorurteile-gegenueber-arbeitslosen-sind-in-deutschland-weit-verbreitet.html> (aufgerufen am 20.12.2010)

Homepages zum Thema

<http://www.grundeinkommen.de> (aufgerufen am 16.11.2006)

http://www.kas.de/publikationen/2006/9169_dokument.html (aufgerufen am 10.11.2006)

<http://www.unternimm-die-zukunft.de> (aufgerufen am 10.11.2006)